Nummer 38 Berlin, 19. September 1931 49. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750–6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Betrachtung über Frankfurt

F. K. Auf den 14. Kongreß der freien Gewerkschaften war noch mehr als auf einen seiner Vorgänger die öffentliche Aufmerksamkeit gerichtet. Die organisierte Arbeiterschaft verfolgte ihn mit ungewöhnlicher Spannung, und die starke Vertretung der bürgerlichen Presse in Frankfurt, aber noch mehr ihre eingehenden Berichte und Besprechungen lassen ermessen, welche außerordentliche Bedeutung man diesem Kongreß auch im Bürgertum beimaß. Das kann nun eigentlich nicht wundernehmen. Wir stehen inmitten einer beispiellosen Krise, die immer weiter über die Krise der kapitalistischen Wirtschaft hinaustreibt. Die ganze bisherige Gesellschaftsordnung steht in Fragestellung. Dies offenbart sich durch den beängstigenden Wirbel des wirtschaftlichen und politischen Geschehens sowie durch eine rasche Verdunstung altgewohnter Einrichtungen, Ideen und Einbildungen. Wohin das alles führt, vermag noch niemand mit einiger Bestimmtheit zu sagen, und was kommen wird, können nur erst wenige aussprechen. Aber eins fühlt man mit jedem Tage deutlicher: daß eine Zeitenwende gekommen ist.

Die Ungewißheit über das Kommende heißt immer schärfer nach einer Macht, nach der Macht auszuspähen, die noch am ehesten imstande ist, den unheimlich krachenden kapitalistischen Gesellschaftskarren durch ein neues Gefährt zu ersetzen. Diese Macht ist die fünfmillionenköpfige Gewerkschaftsbewegung. Sie wird sie auch bleiben, selbst wenn sie durch Krise oder andere Mißlichkeiten zahlenmäßig beeinträchtigt werden würde, schon weil eine ihr ebenbürtige Macht nirgends zu sehen ist. Zwar fehlt es nicht an Leuten, die sich laut als Ablösungs- oder Ersatzmannschaft anpreisen. Es fehlt ihnen vorderhand aber „nur" der Tatbeweis für ihre Fähigkeit. Sie können sich glücklich preisen, daß ihnen die Lieferung des Fähigkeitsnachweises erspart blieb. Dadurch ist ihnen und ihren Gläubigen das Erleben eines blauen Wunders vorenthalten geblieben.

Die freie Gewerkschaftsbewegung abzulösen oder beiseite zu schieben, ist einfach undenkbar. Es ist dies in der Zeit ihres jahrzehntelangen Daseins unausgesetzt versucht worden, aber nie geglückt. Verständlich genug. Sie bildet den fruchttragenden Kern des sozialen Lebens und Gedeihens als auch die stärkste Stütze der Wirtschaft, jeder Wirtschaft. Auf welche Seite immer sich die freie Gewerkschaftsbewegung schlägt, sie wird ihr das Gepräge geben; und welche Ordnung immer der kapitalistischen entsprießen wird, sie wird die Spuren der fünf Millionen zusammengeballter und geübter Hände und Köpfe aufweisen. Hieran kann weder kleinliche Bekrittelung noch planmäßige Verunglimpfung ein Jota ändern.

Eine Bewegung von solcher Bedeutung hat ihre eigenen Gesetze oder Arten des Denkens, Räsonierens und Handelns. Sie wird nicht gleich, wenn heiter Sonnenschein eintritt, himmelhoch jauchzen und wilde Sprünge machen, andererseits wird sie nicht gleich, wenn Regen- und Frosttage eintreten, Trübsal blasen und die Hände in den Schoß sinken lassen. Auf dem jahrzehntelangen Marsch durch die kapitalistische Wüste haben die Spitzen wie der Kern der freien Gewerkschaften das eine sicher gelernt, daß weder mit Gefühlsüberschwang noch mit Verzagtheit etwas auszurichten ist, sondern daß in heitern wir in dunklen Tagen immer mit ruhiger Entschlossenheit nach den jeweiligen Möglichkeiten oder Gelegenheiten gehandelt werden muß.

Alles, was hier gesagt wird, wurde durch die Frankfurter Tagung aufs neue bestätigt. Über die Gefährlichkeit des gegenwärtigen Zustandes Deutschlands und der Welt für die Arbeiterschaft hat sich dort keiner einer Täuschung hingegeben; in fast jeder Rede waren die schlimmen Folgen der wirtschaftlichen Krise mit ihrem üblen politischen und sonstigen Drum und Dran für das werktätige Volk zu hören. Und gleichzeitig wurde emsig an der geistigen und organisatorischen Verfassung der Gewerkschaftsbewegung weitergeschafft. Der Tätigkeitsbericht Theodor Leiparts, des Vorsitzenden des ADGB, enthielt der Beweise genug dafür, daß, obwohl Wind und Wetter im Gesicht, das Menschenmögliche für die Arbeiterschaft versucht und getan worden ist und daß darin fortgefahren wird. Der Altonaer Bürgermeister Brauer hat in seiner Rede über öffentliche und private Wirtschaft, die einer Fanfare gleichkam, die ständigen Schliche und Schläge der Kapitalistenklasse gegen die Gemeinwirtschaft aufgedeckt und den Gewerkschaftern eingeschärft, mit Klauen und Zähnen den Besitz und die Betriebe der Gemeinden sowie des Staates zu erhalten, weil die Gemeinwirtschaft der kapitalistischen Privatwirtschaft bei weitem überlegen sei und nur sie, frei vom Privatinteresse, den Dienst am Volke verrichte. Dann hat Clemens Nörpel, der sozialpolitische Anwalt der organisierten Arbeiterschaft, alle Gebiete der Sozialversicherung abgetastet, hier das Gute oder Erhaltenswerte hervorgehoben, dort das Schlechte, Halbgute und Verbesserungswerte augenfällig gemacht und aufgerufen, die volle Kraft für die nötigen Verbesserungen einzusetzen. Manche Einzelheit der Vorträge wurde von zahlreichen Rednern noch hervorgehoben, vertieft oder ergänzt. Aus jeder Rede klang die schwere Sorge für das Wohl der Arbeiterschaft, aber auch die feste Entschlossenheit, dafür, komme was da wolle, tatkräftiger als je weiter zu wirken. Besonders die Aussprache über die Vorträge machte es augenfällig, daß die freien Gewerkschaften nicht im geringsten daran denken, etwa ihre Errungenschaften und Forderungen preiszugeben.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt eine offensichtlich peinlichst vorbereitete und von seinem Standpunkt aus nicht ungeschickte Rede. Eine Versammlung wie diese, deren Teilnehmer in den parlamentarischen Formen wohlbeflissen sind, weiß natürlich, was sie einem amtlichen Gastredner schuldig ist. Sie hörte daher den Minister mit verhaltener Ruhe an, die nur durch ein paar Zwischenrufe unterbrochen wurde. Mehr als es Worte vermocht hätten, zeigten die Gesichter an, was und wie der Kongreß über die ministeriellen Ausführungen dachte. Ministerreden stehen heute etwas tief im Kurs. Wer darüber noch einen Zweifel gehabt haben sollte, dem wäre er durch die Aussprache genommen worden, in der Stegerwalds Rede verschiedentlich gebührend unter die Lupe genommen wurde.

Die Hauptaufmerksamkeit des Kongresses galt indessen der Rede des Professors Lederer über die Umwälzungen der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche. Der Gegenstand war dazu angetan, Weisungen zu erwarten für das gewerkschaftliche Tun und Denken für den weiteren Verlauf der großen Krise und darüber hinaus. Was Wunder, daß Lederers zweistündiger Vortrag in tiefer Ruhe und starker Spannung verfolgt wurde. Lederer hat abermals eine Röntgenaufnahme der kapitalistischen Wirtschaft geliefert, die an sich vorzüglich war, aber für diesen Zuhörerkreis nichts sonderlich Neues sein konnte. Gewiß hatte Lederer vollständig recht, zu warnen, auf eine Katastrophe oder den Bürgerkrieg hinzutreiben, weil das heiße, sich aus den vorhandenen Schwierigkeiten in noch größere zu stürzen. Ja, aber treibt nicht der wirtschaftliche Zustand mit den politischen Taten oder Untaten ganz von selbst zu Katastrophe und Bürgerkrieg? Wie nun dieser unheilvollen Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit vorbeugen? Wie also verhüten, daß die vorhandenen Schwierigkeiten zu noch größeren werden? Hierauf hat Lederer eine einigermaßen befriedigende Antwort nicht zu geben vermocht. In einfachen Worten ausgedrückt, sagte er: Der vorhandene Produktionsapparat kann viel mehr erzeugen, als abgesetzt werden kann, und solange dieses Mißverhältnis besteht, schrecken die Kapitalisten davor zurück, Geldanlagen in der Industrie zu machen. Es müsse daher zunächst der Kapazitätsspielraum, das heißt, die übergroße Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates durch vermehrten Absatz ausgefüllt werden. Über das Wie, das praktische Wie waren die Ausführungen Lederers wenig erbaulich. Durch Vermehrung des Absatzes? Jedermann sieht aber, daß alle kapitalistischen Kräfte und Mächte berserkermäßig dabei sind, den Absatz weiter zu drosseln. Durch ausländische Kredithilfe? Selbst ein politisch Unerfahrener weiß, daß darauf zur Zeit nicht zu rechnen ist. Durch Stärkung des inländischen und internationalen Vertrauens? Ein Blick in das politisch-wirtschaftliche Getriebe dies- und jenseits der Grenze lehrt, daß der Rest des Vertrauens noch völlig in die Binsen getrieben wird. Es wies demnach der Vortrag Lederers ein bedenkliches Manko auf, daß in dieser schicksalsschweren Zeit besonders zu beklagen ist. Es auszufüllen, sollten sich die sozialistischen Denker sehr angelegen sein lassen.

In der Schlußrede hat der Kongreßvorsitzende, unser Kollege Brandes, aufs neue und äußerst eindringlich den organisierten Arbeitern ans Herz gelegt, des ungeheuren Ernstes der Stunde eingedenk zu sein und über all die Mißhelligkeiten und kleinen Verstimmungen hinweg die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften und ihr hohes Ziel fest im Auge zu behalten. Wenn dies beherzigt wird, werden auch diese pechschwarzen Tage heil überwunden werden. Dazu wird freilich vollkommene Einigkeit, entschlossene Tatkraft und äußerste Anstrengung unerläßlich sein. Die freien Gewerkschaften werden es daran auch weiterhin nicht fehlen lassen.

Ein Windei

Wenn es uns besser gehen soll, müssen die Waren teurer werden! Das ist in kurzen Worten der Inhalt eines Berichts, den vor kurzem die englische Regierung von einem eigens für diesen Zweck eingesetzten Untersuchungsausschuß empfangen hat.

Ein Mensch mit gesundem Verstand muß da einfach Kopf stehen. Die Plage, die uns das Leben vergällt, besteht doch eben darin, daß unser Einkommen nicht ausreicht, um so viel zu kaufen, wie wir brauchen. Und nun soll das noch teurer werden? Indessen, niemand braucht zu erschrecken. Der praktische Vorschlag, den dieses „Mac Millan-Komitee" aus seinen verzwickten tiefgründigen Untersuchungen ableitet, heißt nämlich ganz einfach: Anleihen und namentlich auswärtige Anleihen in größerem Umfang als in den zwei letzten Jahren.

Wie erinnerlich, brach die Krise 1929 aus, nachdem vorher die Preise der Rohstoffe auf dem Weltmarkt stark gefallen waren. An diese Tatsache knüpft das Mac Millan-Komitee an und bezeichnet jenen seitdem noch andauernden Preissturz als die Ursache der Krise. Auch das ist schon öfters gesagt worden: weil infolge des Preissturzes die Kolonialländer, die vornehmlich Rohstoffe produzieren, viel weniger Geld einnehmen, können sie auch nur viel weniger Fabrikate von den Industrieländern kaufen. So mußten diese ihre Produktion erheblich einschränken, und es kam zu Stillegungen, Bankrotten, Arbeitslosigkeit in Amerika, England, Deutschland, was dann auf die übrigen Länder weiterwirkte. Außerdem, meint das Komitee, bringt Preissturz, wenn nicht in demselben Verhältnis die Produktionskosten (Löhne!) herabgesetzt werden, Profitschmälerung mit sich, und deshalb weigern sich die Kapitalbesitzer, ihr Geld dafür herzugeben.

Dies also sieht das Komitee als die eigentliche Krise an. „Wir sind der Meinung", schreibt es, „daß die jüngste Zunahme der Arbeitslosigkeit in aller Welt sowie der Rückgang der Produktion im wesentlichen auf die Senkung der Preise zurückzuführen ist, der eine entsprechende Herabsetzung der in Geld ausgedrückten Kosten nicht gefolgt ist." Also müssen die Preise wieder in die Höhe gebracht werden, und zwar bis etwa auf den Stand des Jahres 1928.

Ja, wie denn? Erst hieß es doch, durch die Preissteigerung soll die Produktion in Gang gebracht werden, und jetzt stellt sich heraus, daß erst die in Gang gebrachte Produktion die Preise steigern soll. Erst hieß es, weil die Preise so niedrig sind, wird so wenig produziert, und jetzt soll produziert werden, damit die Preise steigen. Mit einem Wort, man will die Produktion „ankurbeln", indem man die Produktion ankurbelt. Uns deucht, wenn es möglich ist, die nötigen Anleihen zu kriegen und damit die Produktion in Gang zu bringen, dann hat man, was man will, und braucht das ganze gelehrte Brimborium nicht.

Genau so tiefsinnig ist der andere Punkt. Das Komitee behandelt einfach den Preissturz als Ursache der Krise. Es fragt aber nicht, wodurch denn der Preissturz selbst verursacht worden ist. Nun ist diese Frage früher in der bürgerlichen Welt sehr viel erörtert und, wie sich von selbst versteht, mit dem berühmten Spiel von Angebot und Nachfrage beantwortet worden: die Rohstoffländer mußten ihre Waren billig verkaufen, weil sie große Vorräte hatten. Die Vorräte hatten sich angesammelt, weil der Absatz stockte. Der Absatz stockte, weil die Leute kein Geld zum Kaufen hatten. Das Geld mangelte ihnen, weil so viele arbeitslos waren. Die Arbeitslosigkeit war so groß, weil Krise war. Und damit wäre der Kreis geschlossen, die Katze, die sich in den Schwanz beißt. Die Krise wird aus dem Preissturz erklärt, und der Preissturz — aus der Krise. Zu solch trostlosem Widersinn, der nichts erklärt und uns praktisch nicht einen Schritt weiter hilft, gelangt die bürgerliche Welt unausweichlich, weil sie die wahren Zusammenhänge nicht sehen will. Diese sind in unserer Zeitung schon des öfteren dargelegt worden, seien aber der Vollständigkeit wegen noch mal kurz angedeutet.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht aus der Einschränkung der Produktion entstanden — von 1924 bis 1929 wuchs die Produktion in starkem Maße, und die Arbeitslosigkeit wuchs noch viel mehr —, sondern aus der Rationalisierung, das heißt aus der Steigerung der Produktivkraft. Diese macht für das Kapital immer mehr Arbeitskräfte überflüssig und senkt dadurch auch den Lohn der Beschäftigten. Hieraus entsprang die Absatzstockung, weil die Arbeitslosen und die schlechter Entlohnten nicht mehr viel kaufen können. Aus der Absatzstockung entstand der Preissturz und die Krise. Doch nicht nur das. Aus den Arbeitslosen zieht der Kapitalismus keinen Mehrwert — eine Tatsache, die die bürgerliche Welt geflissentlich übersieht. Deshalb, so groß auch die Profite sind, die das Kapital immer noch macht, soweit es noch produziert, sie sind doch nicht so groß, wie sie sein müßten, damit das Kapital im Maße seiner jetzigen Größe und der Höhe der Technik die Produktion erweitern kann. Und das sind die wahren Ursachen des Produktionsrückganges: einerseits die Kaufunfähigkeit der Arbeitslosen und schlecht Entlohnten, andererseits die Unzulänglichkeit des Mehrwerts zur Produktionsvermehrung, weil nur die Beschäftigten Mehrwert liefern und deren Zahl ständig abnimmt.

Helfen kann nur eins: wir müssen es erreichen, daß der Produktionsfortschritt die Menschen nicht brotlos macht. Es ist leicht einzusehen, daß dies der Kapitalismus nicht kann, sondern nur der Sozialismus. Enteignung der Produktionsmittel, Produktion durch die Gesamtheit für die Gesamtheit ist der erste Schritt dazu.

Ibykus.

Der 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

Schlußbericht

Die Aussprache über Lederers Vortrag

Ehe in die Aussprache über den Vortrag des Professors Lederer über die Wirtschaftskrise und die 40-Stunden-Woche eingetreten wird, begrüßt der Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes, Léon Jouhaux, den Kongreß. Sodann nimmt Kollege Eggert (vom Bundesvorstand) das Wort. Er sagt, daß die Produktion der Welt von 1913 bis 1928 um 26 vH gestiegen sei, während die Bevölkerung nur um 10 vH zugenommen habe. Deutschland mit seinem riesigen Produktionsapparat könne nicht ohne Verkürzung der Arbeitszeit über die Krise hinwegkommen. Auf die Frage, was mit den 5 Millionen Arbeitslosen werden solle, müsse endlich eine klare Antwort gegeben werden. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung auf die Dauer. Und dort, wo noch hohe Dividenden gezahlt würden, müsse auch der Lohnausgleich gewährt werden.

Bernhard (Bauarbeiter) erklärt, daß die Bauarbeiter in diesem Jahre nicht einmal auf 12 vH Wochenarbeit kommen. Durch Verwendung von Maschinen im Baugewerbe würden Zehntausende von Arbeitern eingespart. Mit den Unternehmern sei keine Verständigung zu erwarten. Die Bauarbeiter selbst müßten sich für die Erringung der 40-Stunden-Woche zusammentun.

Reichel (Metallarbeiter) betont, die Erklärungen Stegerwalds genügten keineswegs. Notverordnungen habe es schon genug gegeben, aber noch keine, die die Unternehmer einmal gehörig angepackt hätte. Außer der vierzigstündigen Arbeitszeit sei auch eine Umwandlung der Eisenindustrie nötig. Daß in Sachen der Arbeitszeitverkürzung etwas Fühlbares getan werden müsse, bewiesen die Produktionssteigerungen. So habe ein Werk der Metallindustrie in einer bestimmten Zeit ihre Erzeugung um 102 vH zu steigern vermocht bei einer Senkung der Belegschaft um 50 vH.

Kraus (Metallarbeiter). Solange der Kapitalismus neue Gebiete erobern konnte, waren die Arbeiter zu beschäftigen. Damit ist es aber jetzt vorbei. Mit Notverordnungen wird da nichts zu erlangen sein; eine Besserung ist nur durch die Kraft der Gewerkschaften möglich. Die 40-Stunden-Woche ist eine hochpolitische Frage. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bringt keine Milderung der Krise.

Spliedt (vom Bundesvorstand): Was die Regierung bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit in der Notverordnung verspricht, ist nichts anderes als weiße Salbe. Es wird heute wieder verlangt, daß 44 Stunden geschafft wird, weil man den Arbeitern nicht zumuten könne, die erhöhte Verdienstmöglichkeit auszuschlagen. Im Arbeitsministerium herrscht eine fürchterliche Scheu, etwas für die Arbeitszeitverkürzung zu tun, weil man vor der Kritik der Unternehmer höllische Angst hat. (Zustimmung.)

Tarnow (Holzarbeiter): Wenn man die kapitalistische Wirtschaft betrachtet, kommt sie einem wie ein Tollhaus vor. Überall überfüllte Läger, während die Masse der Völker schwere Entbehrung erleidet. Man will wieder zum Austausch der Naturalien zurückkehren. Das ist der Rückfall in die Zeit der Naturvölker. Die Menschen würden sich noch schärfer von dem kapitalistischen System abwenden, wenn ihnen ein besseres gezeigt werden würde. Doch ein solches ist noch nicht vorhanden. Das russische Beispiel kann nicht als ein besseres gelten. Immerhin fangen die Menschen an zu fragen, ob denn das kapitalistische Wirtschaftssystem der Weisheit letzter Schluß sei. Wir wollen die Menschheit lebendig in eine bessere, in die sozialistische Wirtschaftsordnung hineinführen. Wenn die heutige Wirtschaft in Gang gebracht werden kann, dann nur durch Eingreifen der Regierung. Das wäre ein Stück Sozialismus, und das ist es, was die Regierungen hindert, einzugreifen. Vielleicht ist die Stunde bald da, wo die sozialistische Arbeiterschaft der Welt zeigen kann, daß ihre Lösung allein Rettung verheißt. (Beifall.)

Es nehmen an der Aussprache noch Pratsch (Fabrikarbeiter), Prietzel (Musiker), Zimmer (Bergleute) und Meier (Nahrungsmittel-Verband) teil. In seinem Schlußwort betont Professor Lederer erneut, der Einführung der vierzigstündigen Arbeitszeit stehe kein vernünftiger Grund heute mehr entgegen. Alle Einwände seien durch die Praxis widerlegt. Es ist, so fährt der Redner fort, ein Ausfluß höchster Solidarität der Arbeiter, wenn sie die Arbeitsmenge unter die Gesamtheit der Arbeiter verteilen wollen. Was sich jetzt in der Welt vollzieht, ist Kommunismus der Arbeit, der die vorhandene Arbeitsmenge auch unter Opfern aufteilt. Die Regierung aber steht der Sache mit vollständiger Abneigung gegenüber. Viele Unternehmer, keine Sozialisten, geben zu, daß diese Forderung von heute auf morgen durchgeführt werden könne. Aber die große Zahl der Unternehmer will von der vierzigstündigen Arbeitszeit nichts wissen, und deshalb getraut sich die Regierung nicht, etwas zu unternehmen. Die breiteste Öffentlichkeit muß jetzt zur Durchführung der 40-Stunden-Woche Stellung nehmen. (Beifall.)

Es wird nun über die Entschließung, die der Bundesvorstand zu diesem Punkte eingebracht hat, abgestimmt. Sie wird fast einstimmig angenommen. Ihr wesentlicher Teil lautet:

„... Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der gesetzlichen allgemein vierzigstündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongreß verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegenden Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen."

Die Anträge der Metallarbeiter von Chemnitz und Leipzig sind durch die Annahme der Entschließung des Bundesvorstandes erledigt.

Öffentliche und private Wirtschaft

Zu diesem, dem vierten Punkt der Tagesordnung, spricht der Altonaer Bürgermeister Brauer. Er führte unter anderm aus: Seit der Inflation erleben wir in Deutschland ein wahres Kesseltreiben gegen die Gemeinden. Die gesamte Reaktion, geführt von dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, bildet eine Front zur Zerschlagung der gemeindlichen Betriebe. Es geht

um Sein oder Nichtsein der Gemeindewirtschaft.

Der private Betrieb hat vor allem den Vorteil der Aktionäre wahrzunehmen. Der öffentliche Betrieb aber erhält seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen für die Gesamtheit. Der private Betrieb ist nie zur Anlage von Stromnetzen, Straßenbahnen und zum Straßenbau für städtische Randbezirke zu bewegen. Dagegen ist der öffentliche Betrieb zu Verlusten bereit, wenn daraus ein Nutzen für die Bevölkerung entsteht. Die gemeindlichen Betriebe sollen soziale Musterbetriebe sein: sie sollen stets die Spitzenlöhne der Privatindustrie zahlen und Verbesserungen des Urlaubs, bei Krankheit usw. gewähren. Die öffentliche Wirtschaft ist nach alledem ein mächtiger Motor der allgemeinen Wirtschaftsentfaltung geworden. Von den 18 Millionen gewerblicher Arbeiter werden 2½ Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt. Außerdem betragen die Aufträge der öffentlichen Hand an die Privatindustrie nicht weniger als 8 bis 9 Milliarden Mark im Jahresdurchschnitt. Auf alle mögliche Weise versucht man, die öffentliche Hand aus der Wirtschaft hinauszudrängen. Besonders war das der Fall bei der kommunalen Gasversorgung. Es wurde gestrebt, die Gaswerke der Gemeinden durch die Ferngasversorgung abzuwürden. Die Gefahren der Monopolisierung der Wärmewirtschaft durch das Privatkapital sind nicht abzusehen, wenn die Erzeugung der Städte eingestellt wäre.

Völlig abzulehnen ist die gemischtwirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes als ein Versuch des Privatkapitals, seine Machtsphäre hintenherum wiederzugewinnen. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Wirtschaft geht in eine ganz andere Richtung. Der interkommunale Betrieb hat die Zukunft für sich. Die öffentlichen Betriebe müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß hohe Überschüsse nicht an hohe Tarife gebunden sind, sondern daß auch hier großer Umsatz bei kleinem Nutzen erst zu hohen Erträgen führt. Wenn man in

die Zukunft der Gemeinwirtschaft

blickt, dann darf man auch nicht die Grenzen der öffentlichen Bewirtschaftung übersehen. Die Befriedigung individueller Wünsche wird man der Privatwirtschaft überlassen. Die öffentliche Hand fühlt auch keine Veranlassung, in das Gebiet der Kleinbetriebe hinüberzugreifen. In gleicher Weise bin ich gegen jede Produktion der öffentlichen Wirtschaft für den freien Markt.

Die Privatwirtschaft hat gar keine Veranlassung, sich aufs hohe Roß zu setzen. Die von ihr aufgebaute Wirtschaftsordnung wurde zur Wirtschaftsunordnung. Wir sehen eine wirtschaftliche Anarchie vor uns: Aufsichtsräte, die keine Aufsicht führen, Preispolitik ohne Zusammenhang mit der vorhandenen Konsumkraft, Syndikate, die die Produktion drosseln und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorrufen und Fehlinvestierungen. Wir erleben eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit und Krisen, die Millionen Familien um Arbeit und Brot bringen. Das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik muß aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden, um eine bessere Wirtschaftsverfassung zu erlangen. Die Umbildung des Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftsziel, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß, an dem wir bauen müssen, Stein um Stein. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache über den aufschlußreichen und nahtlosen Vortrag Brauers ist recht lebhaft. Es beteiligen sich an ihr die Kollegen Polenske und Lengersdorf (Gesamtverband), Scheffel (Eisenbahner), Haß (Lithograph), Kwasnick (Landarbeiter), Priestel (Musiker) und Bernhard (Bauarbeiter). Lengersdorf (Gesamtverband) fordert gesetzlichen Schutz der öffentlichen Betriebe

gegen förmliche Ausplünderungsfeldzüge.

Einen solchen Feldzug erleben wir jetzt. Es wäre zu überlegen, ob nicht ein Gesetz zur Sicherung gegen eine Verschleuderung der öffentlichen Betriebe zu schaffen ist. Entscheidend für den Kampf um die öffentlichen Betriebe ist die politische und wirtschaftliche Kraft der Arbeiterklasse. Wie leicht wären die Schwierigkeiten zu überwinden, wenn die Arbeiter die politische Macht hätten, die sie längst haben könnten, wenn sie sich geschlossen um das Banner der Gewerkschaften scharten. Entscheidende Kämpfe nahen heran. Ein großer Teil der Arbeiter aber erkennt den Ernst der Lage nicht. Will die Arbeiterschaft eine historische Stunde verpassen?

Im Schlußwort erklärte Brauer: Man hat den Gemeinden durch Notverordnung verboten, sich von ihren eigenen Sparkassen Hilfe zu holen. Kredite vom privaten Geldmarkt sind nicht zu erhalten. Rückgang der Steuereingänge bedeutet weitere Verschärfung der Situation. Wir müssen aber unter allen Umständen den Arbeitslosenschutz aufrechterhalten und wir müssen die Werke der Gemeinden vor der Gefahr der Verschleuderung schützen. Das Wort ist bereits gefallen: die Gemeinden sollen ihre Werke mobilisieren, wenn sie nicht mehr weiter können. O ja, die Gemeinden würden ihre Werke schnell los, allerdings zu Spottpreisen, und sie bekämen sie so schnell nicht wieder.

Wenn die Notmaßnahme des Städtetages unser Programm wäre, dann müßten wir alle unsere politischen und wirtschaftlichen Gedanken einstampfen. Was die Gemeinden in der Nachkriegszeit unter dem Einfluß der Arbeiterschaft geschaffen haben, war notwendig wie das liebe Brot. Was wir jetzt unter dem Druck der Not tun, hat mit Sparsamkeit wahrhaftig nichts zu tun. Im Gegenteil: wenn wir Straßen verfallen lassen, dann sparen wir nicht, wir vergeuden öffentliche Mittel. Der Gedanke der Bausparkassen ist ein gesunder Gedanke. Leider ist er diskreditiert worden. Der Vorschlag, die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu verwenden, ist nicht neu und nicht richtig. Mit den Unterstützungsgeldern kann man mehr Menschen über Wasser halten, als Arbeiter beschäftigen. Das ist schon hunderttausendmal festgestellt worden. Die Theaterbetriebe der Gemeinden müssen selbstverständlich soweit wie möglich aufrechterhalten werden.

Brauer schloß mit einem Appell an die Gewerkschaften, im Kampfe um die Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zu erlahmen, denn ein demokratischer und sozialer Volksstaat sei ohne Selbstverwaltung undenkbar.

Die Entschließung des Bundesvorstandes

zur öffentlichen und Privatwirtschaft wird einstimmig angenommen. Wir lassen daraus die wichtigsten Stellen folgen:

„... Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen ... Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht Profitwille sein, sondern

Dienstwille an der Gesamtheit.

Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren. Abzulehnen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrswesen und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongreß erblickt in der Verstärkung der Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in der kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft."

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts

Der vierte Verhandlungstag beginnt mit dem Vortrag des Bundessekretärs Nörpel über das Arbeitsrecht. Hier in Frankfurt, so führte der Vortragende aus, hat 1899 Karl Legien um das Koalitionsrecht und das Tarifrecht gekämpft. Heute stehen wir hier in einem Kampfe um die Erhaltung der Tarifverträge. Der Arbeiter ist außerstande, sich als einzelner gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen. Nur durch Zusammenschluß ist es dem Arbeiter möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und eine neue Wirtschaftsordnung herbeizuführen.

Neuerdings will man die Gewerkschaften und die Unternehmerkartelle gleichstellen und Bindungen, die für die Unternehmerkartelle durchaus notwendig sind und von den Gewerkschaften gefordert werden, auch letzteren auferlegen. Eine Gleichstellung ist jedoch ausgeschlossen. Die Unternehmerkartelle wollen den Markt beherrschen, und zwar allein im Interesse des Profits der dem Kartell angehörenden Unternehmer. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften dagegen ist die Gestaltung der Lebensbedingungen von rund 20 Millionen Arbeitern. Von einem Profitstreben kann hier keine Rede sein, sondern nur von einem Ziel, dessen Verwirklichung gleichermaßen dem Staat und dem Volksganzen dient.

Das Arbeitsrecht kann erst wirksam werden, wenn starke Gewerkschaften da sind. Starke Gewerkschaften — das ist die große Aufgabe der Stunde. Wir haben in Deutschland 1½ Millionen Beamte, 3½ Millionen Angestellte, 6¾ Millionen gelernte Arbeitskräfte und 7¾ Millionen an- und ungelernte Arbeiter. Hier liegt das schwierigste aller Gewerkschaftsprobleme, denn diese 19 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte zerfallen in drei Heerhaufen. Es ergibt sich die Frage: Können wir das Ziel des kollektiven Arbeitsrechts durchsetzen, wenn wir weiter getrennt marschieren? Die Gegner der Arbeiterklasse haben kein größeres Interesse als die Aufrechterhaltung dieser Trennung. Sie wollen daher vor allem die Angestellten durch Scheinrechte von der Arbeiterklasse abspalten. Gerade jetzt in der Krise können die Angestellten aber erkennen, daß ihre Scheinrechte sie nicht davor schützen, mit den Arbeitern das gleiche Schicksal zu erleiden. Wenn die Dinge aber so liegen, dann ist es doch auch für die Angestelltenschaft klar, daß das Ziel der Arbeiterbewegung

nur in der Vereinheitlichung der Kräfte

bestehen kann. Das kollektive Arbeitsrecht ist auch nicht Fürsorge. Die Gewerkschaften haben in erster Linie ihren Kampf für die Sicherung des kollektiven Arbeitsrechtes einzustellen. Bei der Ausarbeitung des neuen Strafgesetzentwurfs ist viel über die Frage eines strafrechtlichen Schutzes der Arbeitskräfte gestritten worden. Ein solcher Schutz ist stark problematisch. Kollektives Arbeitsrecht und starke Gewerkschaften — sie sind die einzige Gewähr für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für uns kann nur der Gedanke bestimmend sein: Was die Arbeiter nicht erkämpfen können, wird ihnen auch nicht gegeben. Der Gesetzgeber, der ihnen staatliche Mindestlöhne geben soll, ist ja ihr Klassengegner. Staatliche Mindestlöhne haben wir in Deutschland nur für die Heimarbeiter anerkannt. Den Arbeitern kann aber auf die Dauer nichts anderes helfen als Vermehrung ihrer Kraft durch Zusammenschluß.

Wir kämpfen einen schweren Kampf in dem großen Ring der Arbeiterklasse auf dem Wege von der Knechtschaft zur Freiheit. Wir haben die feste Überzeugung, daß dieser Weg auch zum Ziel führt. Die Zukunft gehört dem Kollektivismus. Hier in Frankfurt rief Legien vor einem Menschenalter den Arbeitern im Kampfe um die Koalitionsfreiheit zu, daß die Gewerkschaften sich nicht niederwerfen lassen, wenn man mit Ausnahmegesetzen gegen sie vorgehe. Heute rufen wir der Regierung zu: Die Regierung mag tun, was sie will: Wir werden den Kampf fortführen und wir sind sicher, daß der Sieg unser sein wird. (Starker Beifall.)

Für Frieden und Völkerverständigung

Nach der Aussprache über den Vortrag Nörpels wurde der Kongreß auf den andern Tag vertagt. Der Kongreß begab sich am Nachmittag des Donnerstag nach Mainz zu einer Kundgebung für den Frieden und die Völkerverständigung. An der Kundgebung beteiligte sich die Mainzer Arbeiterschaft in überaus starkem Maße. Die riesige Stadthalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, und draußen vor den Toren preßten sich noch unübersehbare Haufen.

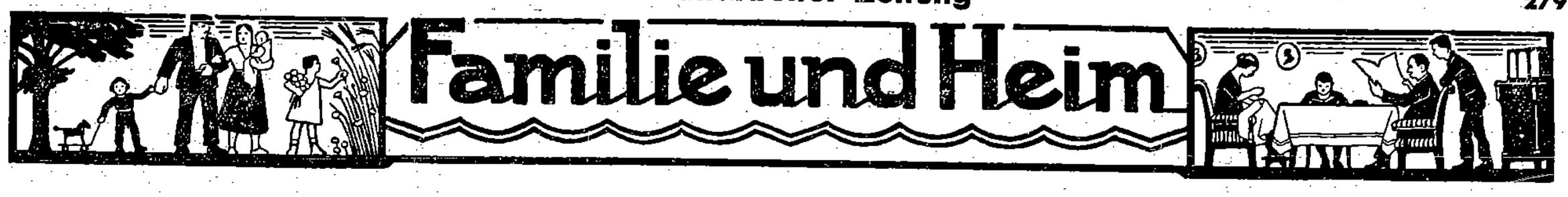
Es war ein herzerhebendes Schauspiel, als die proletarische Jugend, die Sportler und das Reichsbanner mit ihren Bläser- und Trommlerchören und roten Fahnen in den Saal einzogen. Die ganze Versammlung stand auf den Beinen, um die Einziehenden gebührend zu begrüßen. Ein Männerchor sang: Wir wollen frei sein! und: Empor zum Licht! Dann sprach der Gewerkschaftssekretär von Mainz, Wilhelm Thomas, kurz und eindrucksvoll von dem Zweck der Tagung: Die Vertreter der in- und ausländischen Gewerkschaften seien hier zusammengekommen, um für den Frieden und die Völkerverständigung zu demonstrieren. Ohne Verständigung gebe es keinen Völkerfrieden. Nach Thomas begrüßte der Staatspräsident Adelung die Versammlung namens der hessischen Regierung. Ihm folgte der französische Genosse Jouhaux. Dann sprach der Bürgermeister Kraus, der Vorsitzende des ADGB, Peter Graßmann und schließlich Theodor Leipart. Sämtliche Ansprachen wurden von lebhaftem Beifall belohnt. Es mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden für die zahlreichen Arbeiter, die keinen Platz in der Stadthalle finden konnten. Die Versammlung in Mainz war von einer nichtalltäglichen Eindrucksvölle. Sie wird allen Teilnehmern lange im Gedächtnis bleiben.

Der letzte Verhandlungstag

Am Freitagmorgen wurde die Aussprache über den Vortrag Nörpels fortgesetzt. Hierbei wurde eine Reihe von Anträgen und Forderungen begründet, die den Ausbau des Betriebsrätegesetzes, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge, den Lehrlingsschutz und den freiwilligen Arbeitsdienst betreffen. Die Landarbeiterin Anna Sell trat in temperamentvoller Rede für die Gleichheit des Arbeiterschutzes für die Industrie- und die Landarbeiter ein. In seinem Schlußwort ging Nörpel auf die in der Aussprache gemachten Anregungen ein und trat zum Schlusse für die unbedingte Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ein. Es wurde dann über die vielen Anträge zu diesem Punkte der Tagesordnung abgestimmt.

Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Für die Mandatsprüfungskommission gab Lankes (Nahrungsmittelarbeiter) bekannt, daß sich von den 307 Delegierten 285 an der Abstimmung beteiligt hatten. Davon entfielen auf Leipart, Graßmann und Eggert als Bundesvorsitzende 276, 270 und 275 Stimmen. Die Sekretäre wurden mit etwas höheren Stimmenzahlen erkoren, die unbesoldeten Beisitzer desgleichen. Von den Vorsitzenden ist Hermann Müller, von den Sekretären Knoll und der Kassier Kube wegen hohen Alters ausgeschieden. An Stelle Müllers wurde unser Kollege Eggert, an Stelle von Eggert und Knoll, den bisherigen Sekretären, Schlimme und Spliedt gewählt.

(Fortsetzung auf Seite 281)



„Stottern" ist nicht so leicht

/ Von Amtsgerichtsrat Dr. Ueberhorst

Vor dem Kriege wurde nur selten auf Abzahlung gekauft. Jetzt ist es infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten so weit gekommen, daß viel mehr auf Abzahlung gekauft wird und man ziemlich alles auf Abzahlung haben kann. Hierdurch wurde ein großer Teil der finanziell schlechtgestellten Bevölkerung in die Lage versetzt, mehr als bisher an den Annehmlichkeiten der Zivilisation teilzunehmen, etwa durch Anschaffung elektrischer Apparate, von Rundfunkgeräten usw. Andererseits brachte die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Gefolge der Abzahlungsgeschäfte auch schwere Schäden. Der Käufer konnte eines Tages nicht weiterzahlen, weil er verkürzt arbeitete oder arbeitslos wurde. Der Käufer kommt so in Gefahr, die Waren, die er bereits zum größten Teil bezahlt hat und vielleicht dringend benötigt, auf Grund des Eigentumsvorbehalts wieder loszuwerden. Sein wohlverstandenes Interesse ist es aber, sich nicht zu überkaufen und sich vor allen Dingen von Reisenden nicht zu Ankäufen bestimmen zu lassen, die wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind. Wenn er aber auf Abzahlung kauft, so sei er vorsichtig. Das große Risiko, das mit dem Abzahlungshandel verbunden ist, hat die in Betracht kommenden Firmen zu einem wohl ausgeklügelten Abwehrkampf veranlaßt, dem zu begegnen der Verbraucher gerüstet sein sollte. Ihm zu helfen, ist der Zweck dieser Zeilen. Der Kampfplatz ist der Bestellschein, dessen vorgedruckte Bestimmungen einseitig dem Nutzen des Verkäufers angepaßt sind.

Nehmen wir ein gewöhnliches Beispiel: Ein Arbeiter kaufte einen Staubsauger auf Abzahlung und unterschrieb dabei den üblichen Bestellschein. Mit dem Reisenden machte er aus, daß der alte Sauger, der nicht mehr richtig arbeitete, zurückgenommen und auf den Kaufpreis angerechnet werden sollte. Der neue Apparat wurde geliefert, der alte abgeholt, und der Käufer zahlte ab. Nachdem er die letzte Rate abgesandt hatte, wurde er jedoch von der Firma aufgefordert, den noch ausstehenden Rest zu begleichen. Er teilte ihr den Sachverhalt mit, erhielt jedoch zur Antwort, daß er weiterzahlen müsse. Mündliche Nebenabreden seien laut Bestellschein ungültig. Der Arbeiter war also genötigt, noch den Rest zu bezahlen. Später stellte es sich heraus, daß der Reisende, um die Provision zu verdienen und das Geschäft nicht scheitern zu lassen, von der Nebenabrede der Firma nichts mitgeteilt hatte.

Woraus sich ergibt, daß man einen Bestellschein durchlesen soll, bevor man ihn unterschreibt. Findet man dann den Passus über die mündlichen Nebenabreden, so muß man diesen durchstreichen oder aber darauf bestehen, daß diese in den Schein aufgenommen werden. Die Gerichte verlangen im allgemeinen, daß man durchliest, was man unterschreibt. Was man ungelesen unterschreibt, muß man gegen sich gelten lassen, auch wenn es einem ungünstig ist.

Ein weiterer Fallstrick ist die Vorschrift über den Gerichtsstand, der in fast allen Bestellscheinen enthalten ist. An sich muß jeder Schuldner an seinem Wohnsitz verklagt werden. Die Parteien können aber etwas anderes vereinbaren. Dies geschieht, indem die Firma ihren eigenen Sitz als Gerichtsstand vorsieht. Die Folge ist, daß der Käufer aus einem oft weit von seinem Wohnsitz entfernten Ort verklagt werden kann. Will er nicht Versäumnisurteil gegen sich ergehen lassen, so muß er einen Rechtsanwalt bestellen und diesem einen Vorschuß zahlen. Ob er später im Falle seines Obsiegens seine Kosten von der Abzahlungsfirma ersetzt bekommt, ist mehr als zweifelhaft. Nicht selten haben diese Firmen alle ihre Werte übereignet und sind unpfändbar.

Ein Handwerker hatte im Bestellschein gelesen: „Sie können die Lieferung innerhalb einer Woche ablehnen." Er unterschrieb also, um den lästigen Reisenden loszuwerden, und benachrichtigte die Firma am folgenden Tage, daß er vom Vertrage zurücktrete. Zu seinem Schrecken erhielt er aber den Bescheid, daß er dazu nicht befugt sei. Und die Firma hatte Recht. Mit obigem Satz redete der Besteller, der doch die Unterschrift leistete, die Firma an, nicht umgekehrt. Er gab dieser das Recht, innerhalb einer Woche die Bestellung abzulehnen, während er selbst fest gebunden war. Er war genötigt, ein Dutzend Oberhemden abzunehmen, das er gar nicht gebrauchen konnte.

Also nicht nur durchlesen, sondern auch genau durchlesen! Manche Firmen lassen außer dem Käufer noch einen Bürgen unterschreiben. Das ist eine sehr gefährliche Angelegenheit. Der Reisende versichert zwar, es handle sich nur um eine „Formsache". Aber natürlich nimmt die Firma den Bürgen in Anspruch, wenn der Käufer nicht zahlen kann. Er hat die Ehre zu zahlen, die Ware aber hat der Käufer.

Der widerstrebende Gang

Ich war vom Arbeitsamt ausgesteuert und mußte zur Wohlfahrt. Dieser Gang kostete mir eine unbeschreibliche Überwindung, mehr als je ein anderer in meinem bisherigen Leben. Ich schlich um das Gebäude herum; alles in mir sträubte sich, vor dem Hineingehen. Aber es half nichts, ich mußte! Mit dem größten Widerwillen trat ich in das Haus. Auf dem großen Korridor standen in langen Reihen elend und zermürbt aussehende Gestalten, von denen manch einer in seiner Verzweiflung und Verbitterung schon an seinem Strick drehen mag. Ich schloß mich hinten an und mußte lange warten. Das lange Stehen reibt die Nerven auf. Man hat ja Zeit genug, aber man fühlt sich getreten.

Nachher stand ich wieder auf der Straße. In der Faust hatte ich ganze neun Mark, im Innern eine unbändige Wut. In diesem Augenblick war ich zu allem fähig. Der Kopf drohte zu zerspringen. Ein aufrührischer und unsinniger Gedanke jagte den anderen.

Was ist Freiheit und was ist Zuchthaus? fragte ich mich. Im Zuchthaus bekommt man Essen und Trinken, die Haare geschnitten und reine Wäsche. Und in der Freiheit? Da kann ich mich nicht mal alle Tage sattessen, ein reines Hemd ist soviel wie Luxus, von Haareschneiden ganz zu schweigen. Das Geld für ein Stück Seife muß ich von meinen paar Groschen abhungern.

Das Leben zieht an mir vorüber und verhöhnt mich bloß noch. Eßt mehr Früchte! steht in den Schaufenstern, und ich kann mir überhaupt keine kaufen. Trinkt mehr Milch! prangt auf anderen Plakaten, und ich muß Wasser trinken. Treibt Sport und ihr gesundet! rufen mahnend die Ärzte, und mein Körper entkräftet immer mehr und kann vor Hunger kaum in den Schlaf kommen.

Die Freiheit des Wohlfahrtserwerbslosen ist schlimmer wie die Freiheit im Zuchthaus! Nur die Hoffnung und der Glaube an eine bessere Zukunft hält noch aufrecht. R. K.

Mißverstandene Statistik

Ein Mann, der viel in der Zeitung liest, alles glaubt, was drinsteht, aber nicht immer das, was er liest, genau versteht, wie's gemeint ist, antwortet auf die Frage, wieviel Kinder er habe: „Zum Glück nur drei," und als man ihn fragte: „Warum zum Glück?", antwortet er: „Weil in der Zeitung steht, daß jedes vierte Kind, das auf die Welt kommt, ein Chinese ist."

Ein sauberer Witz

Bill und Boll haben sich verspätet. Im Wolkenkratzerhotel ist schon der Fahrstuhl außer Betrieb und sie müssen 52 Stockwerke zu Fuß steigen.

„Ist nicht schlimm", sagte Bill, „wir erzählen uns ein paar Witze und da spüren wir den Weg nicht so sehr."

Das geht auch gut, und als sie im 47. Stockwerk angelangt sind, sagt Boll: „Und jetzt erzähle ich dir einen Witz, über den du nicht lachen wirst. Ich habe den Zimmerschlüssel unten gelassen!"

Kürzlich beklagte sich meine brave Zugeherin, daß sie ihren Mann bei einer Untreue ertappt hätte: „Wissen S', gnä Frau, früher war die Schweinerei nur bei die feinen Leut', — heit' is aa bei uns so weit."

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH", Berlin 1931

XXIV.

Marie ist nahe daran, zu vergessen.

Marie ist klug. Ihre Klugheit sieht nicht mehr rückwärts, nur mehr vorwärts. Sie weiß: hinten, da liegt das Herz, vorne, da ist der Verstand. Und Marie hat erfahren, daß man vor allem Verstand braucht. Sie vergißt nicht aus Schwäche, nur, um stark zu bleiben. Gehirn! Gehirn ist notwendig! In diesem Leben, in dieser Stadt! Das begreift Marie.

Immer mehr umfaßt Marie die Stadt. Kleine Zwischenfälle sind es, die aufrütteln und belehren. Marie lernt, Tragik, die sie nichts angeht, nicht mehr tragisch zu nehmen, Unwichtiges, das sich wichtig macht, nicht ernst zu nehmen, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind.

Zwei kleine Ereignisse in diesen Wochen:

Marie hat eine Büroreinigung in der Friedrichstraße. Ein Lombardhaus, großes Unternehmen und sicher wie Gold. Marie kommt wie immer morgens um sechs Uhr und will ihre Arbeit tun. Da ist ein Schild:

„Verfügung des Landgerichts II. Über das Lombardhaus Du Mont & Co. wird mit dem Heutigen der Konkurs eröffnet. Alles Nähere ist durch den als Konkursverwalter bestellten Rechtsvertreter Kaufmann Silberstein, Berlin C, Leipziger Straße 91, zu erfahren."

Darunter eine unleserliche Unterschrift, ein verrutschter Stempel, ein verregnetes Amtssiegel. Marie ist die Stelle los. Was tun?

Gegenüber hat sich seit acht Tagen eine Immobilienvertretung aufgemacht. „Großes Unternehmen, sicher wie Gold! Nich wie der Lombardfritze drüben!", sagt der Portier. Marie schmeichelt ihm. Marie ist — immer noch! — schön. Das tut dem Portier wohl. Er will nachhören, mit den Herren oben sprechen, sie empfehlen. Sie soll um elf Uhr wiederkommen. „Die Frau, die augenblicklich hier rumtobt, gefällt mir nich!", sagt der Portier. Portiers sind immer eine Macht. Marie denkt nach. Marie muß eine neue Stelle haben. Um elf Uhr kommt sie wieder. Sie bringt dem Portier eine Zigarre mit. Er nimmt sie. Selbstverständlichkeit. Marie soll warten. Sie wartet, dann wird sie gerufen. Ein gelangweilter Bürovorsteher spricht mit ihr. Sie ist angestellt. Die andere Reinmachefrau fliegt. Marie hat eine neue Stelle, die fünf Mark in der Woche mehr bringt als die alte. — Marie kapiert: Man muß hinterher sein in dieser Stadt. Daseinskampf kennt hier nicht nur kein Risiko, auch kein Erbarmen. Damit kommt man nur unter die Räder.

Und weiter: In einem Hause, in dem Marie eine Aufwartestelle hat, gibt es eine Sensation. Die Aufwartefrau aus der Etage tiefer hat sich in der Nacht zu Hause mit ihren zwei Kindern vergiftet. Hat den Gashahn aufgedreht, während der Mann sich mit irgendeiner anderen in Kneipen herumtrieb. Ein Gesprächsstoff für das ganze Haus, das ihn nach allen Seiten wendet und sich daran erregt. Währenddem geht Marie zu der Familie unten, bietet sich als Ersatz an. Die sind froh, daß sie so schnell die Sorge los werden, Marie ist ihnen als zuverlässig und tüchtig bekannt, selbstverständlich, daß Marie die Stelle hat. Das sind zwei Stunden täglich, täglich 1,20 Mark mehr.

Und Marie braucht sie. Trude kommt jetzt in die Schule. Das sind neue Ausgaben, neue Unkosten. Trude soll doch bessere Kleidung bekommen und auch die anderen brauchen Neues. Kinder zerschleißen schnell die Sachen und brauchen immer etwas.

Man muß verteufelt hinterher sein in dieser Stadt. Und nachdenken und rechnen. Und die Gelegenheit beim Schopf fassen. Marie nickt sich zu: Man muß immer da sein und einspringen können. Auch wenn es für einen Toten ist.

So geht es wieder vorwärts. Gleichlauf und Arbeit und nachher Müdesein. Wenig zu erzählen davon!

Durch die Gefangenenfürsorge hat Fritz — vom Anstaltsdirektor empfohlen — eine Pförtnerstelle in einem Warenhaus erhalten.

Damit ist Marie eine große Sorge los. Die Gelegenheit, der Verführung zu trinken leicht nachgeben zu können, ist Fritz genommen. Das ist gut. Es kommt alles wieder ins rechte Geleise. Fritz ist vernünftig geworden. Mit guten Vorsätzen und reinen Absichten ist er zurückgekommen. Und er hält und führt aus, zur großen Freude Maries, die wie neugeboren wird. Immer mehr schwindet die Härte gemeißelten Ernstes aus ihrem Gesicht und wagt Weichheit froh leuchtender Befriedigung sich noch scheu, aber schon bestimmend hervor.

Fritz scheint auch ziemlich geheilt von seinen Anfällen zurückgekommen zu sein. Der Gefängnisarzt, der Fritz auch nach der Entlassung noch beobachtet und auch Marie untersucht hat, ist scharf mit ihm ins Gebet gegangen. Das hat gewirkt. Fritz trinkt nicht mehr. Er läßt auch Marie in Ruhe. Und das ist viel für ihn. Marie weiß, daß es ungeheuerlich ist.

Fritz hat sein Bett in der Küche aufgeschlagen. Da fühlt er sich sicher. Oft, wenn Marie tief in der Nacht plötzlich aufwacht, hört sie, wie der Mann in der Küche sich in seinem Bett herumwälzt und wie es manchmal lange dauert, bis er endlich Ruhe findet. Sie fühlt, daß es ihm schwer wird. Wie ihr selbst. Fühlt, wie schwer er und sie ringen. Aber sie zwingen sich nieder. Noch! Wissen sie doch, um was es geht.

Das ist leicht gesagt, daß es so monatelang geht. Man muß das bedenken, in seinen ganzen Ausmaßen.

Hart und verbissen sind sie über den Winter gekommen wie über einen Berg. Nun lächeln sie sich in den Frühling hinein. Das Leben ist doch schön!

Fritz ist endgültig in dem Warenhaus fest angestellt worden. Das hat auch Gehaltsverbesserung mit sich gebracht. Marie wird stolz. Heimlich horcht sie nach, ob sie die Wohnung nicht tauschen kann. Sie will wieder in den Alten Westen.

Sie sparen, trotzdem das Leben teurer geworden ist. Trude geht jetzt in die Schule. Mit Gerd wird es auch bald soweit sein. Die Kinder machen ihnen Freude. Sie werden gut gefüttert, alles wird für sie getan.

Trude, zierliches schmales Körperchen, feines zartes Gesichtchen, scheint gesund zu sein; nur die beiden anderen machen manchmal Sorgen, namentlich Gerd, der von Zeit zu Zeit immer wieder seine Krampfanfälle bekommt.

Aber der Gefängnisarzt hilft, weist an einen Freund, einen Arzt im Norden, den man allgemein den „Armenarzt" nennt und der ein wunderbarer Mensch und seltsamer Heiliger in dieser Wüste von Stadt ist. Der läßt Marie und die Kinder oft zu sich kommen, untersucht, beobachtet, verschreibt, verhilft, daß Marie durch das Wohlfahrtsamt kleine Annehmlichkeiten erhält und daß die Kinder in Ferienkolonien verschickt werden. Geld nimmt er nicht.

Das Leben geht weiter. Draußen ist Frühling. Manchmal muß Marie an den Kastanienbaum im Alten Westen denken, an die verkümmerte Linde und an die Amsel, die da immer sang.

Hier singt keine Amsel. Stare zwitschern hier nur in den Vogelhandlungen. Kastanien und Linden sind hier nicht zu Hause. Flieder gibt es nur geschnitten, unten auf der Straße, zwanzig Pfennig der Strauß.

Es kommt wie ein Rausch über Marie, sie ist leichtsinnig; sie kauft für eine ganze Mark einen Arm voll Flieder. Der leuchtet nun in der Stube wie eine von Smaragdgrün durchschossene purpurrote Flamme.

Das Leben ist doch schön! Auch hier, wo es nur Brandmauern und Kamine und nur eine Handvoll Sonne gibt. Marie schiebt einen Geranientopf in sie hinein, daß er aufflackert, hellrot und blutwarm wie Maries lachendes Herz.

Das Leben geht seinen Gang. Fritz arbeitet, Marie arbeitet. Trude ist tüchtig und hilft mit, trocknet in der Küche Geschirr ab und paßt in der Stube auf Mieze auf.

Zwischendurch die Atempausen. Wie es einmal früher war: Etwas Park, etwas Grunewald, einmal eine Dampferfahrt, einmal Treptow in Flammen, etwas Kino und Ausflüge.

Daran werden Marie und Fritz wieder froh. Das Schwere, das rückwärts liegt, ist vergessen.

Wie Marie es geahnt, erst gefürchtet und dann gewünscht hat, ist auch das wiedergekommen: Sie haben sich auch im Letzten und Tiefsten wiedergefunden. Sie haben dagegen gekämpft, übermenschlich und verbissen, und schwer mit sich gerungen; aber das Blut war stärker und hat müde gemacht und aus Schwäche des einen wurde Macht des anderen.

Auf der Schwelle zwischen Küche und Schlafstube prallten sie zusammen und lächelten in Scham und Sehnsucht, die heiß war und überirdisch. Wer von ihnen den anderen zu sich geführt hat, wissen sie nicht. Sie fragen auch nicht danach. Sie schweigen und erfüllen ihre Sehnsucht. Sie lieben sich. Ernst und aufrichtig. Rein.

Es geht alles seinen Weg. Den Weg, der gegangen werden muß. Man kann sich dem wohl entgegenstellen. Doch dann geht es über einen hinweg. Und man muß folgen.

Marie fühlt wieder neues Werden in sich. Merkwürdigerweise sind beide nicht niedergeschmettert dadurch. Sie wissen und haben sich dareingefunden, daß sie beide ohne das nicht leben können. Und das bringt dieses mit sich.

Es ist gut sagen: Dieses hätte vermieden werden können. Es ist leicht, das hinterher zu sagen, wenn man nicht weiß, wie das Vorher überfällt und besiegt. Vorsicht bedingt Planmäßigkeit. Was aber hat Liebe damit zu tun?

Marie ist nicht traurig. Sie ist glücklich. Sie ist wieder obenauf. Sie hat gearbeitet und darf nun ernten; sie hat gespart und zurückgelegt, Markstück zu Markstück, und auf die Sparkasse gebracht. Was da liegt, ist viel für Marie. Sie weiß wohl, daß es an sich vielleicht wenig ist, für manchen „nicht der Rede wert", für Marie aber viel, sehr viel. Arbeit über Arbeit, zehn Stunden an jedem Tag. Quittung, daß Marie leben darf. Und Hoffnung: „Noch so ein Jahr, und alles ist wieder eingeholt!"

Marie hat für die Abendstunden noch übernommen, eine Abendzeitung auszutragen. Trude und Gerd helfen dabei. Es macht ihnen Spaß und sie werden sich wichtig. Jetzt verdienen sie „mit"! Es ist ihnen Unterhaltung und Spaziergang, der immer Neues zeigt. Das Geld, das sie jetzt mehr verdienen, ist für das Kind, das Marie erwartet. Verwunderlich, Marie freut sich auf das Kind.

Jetzt ist es soweit. Fritz drängt darauf, daß Marie sich nun mehr als früher schont. Er ist besorgt um sie. Er übernimmt mit den zwei Ältesten die Abendzeitung. In den Aufwartestellen und in den Büros, die Marie reinigt, gibt man ihr gern Urlaub und verspricht, sie sofort wieder einzustellen, wenn sie wieder arbeitsfähig ist. Marie kann ohne Sorgen sein.

Sie bringt einen Jungen zur Welt, der Fritz und ihr Spaß macht. Er ist kräftig und, wie es scheint, gesund. Marie ist glücklich und Fritz ist stolz.

Sie brauchen nichts von der Kasse zu holen. Der „Armenarzt", der zu allem nur verständnisvoll genickt hat und keine schönen Reden mit Vorwürfen spickt, sondern hilft, hat vorgesorgt. Marie wird unterstützt. Sie können es so schaffen.

Bald steht Marie wieder auf. Steht wieder kräftig da. Und fühlt sich frei und froh. Sie geht wieder zäh und mutig an ihre Arbeit, an ihr Leben. Nichts stört. Keine Angst und keine Furcht.

„Noch so ein Jahr! Und wir haben es geschafft!"

(Wird fortgesetzt.)

Verbandsleben

Eine Kluft droht!

Mit dem Erscheinen dieser Nummer der Zeitung ist die Aussprache über diese Sache geschlossen. Der große Rest der Zuschriften wird in den nächsten Ausgaben erscheinen. Schriftleitung.

Jeder Gewerkschafter denke daran . . .

Die Frau eines Erwerbslosen schreibt: Der Aufsatz in Nr. 33 der MZ, „Eine Kluft droht", berührt eine der brennensten gewerkschaftlichen Tagesfragen. Diese Kluft wird aber, wenn auch unbewußt, nicht nur von den Arbeitslosen aufgerissen. Gerade die noch in Arbeit stehenden Kollegen tragen ein Teil Schuld, wenn sich diese Kluft vergrößert. Ich spreche aus Erfahrung, da mein Mann seit anderthalb Jahren erwerbslos ist und dieses Jahr keine Aussicht hat, Stellung zu bekommen. Eine materielle Unterstützung durch einzelne Kollegen ist in den meisten Fällen nicht angebracht, da es nicht jedermanns Sache ist, von selbst schwer kämpfenden Arbeitskollegen Almosen anzunehmen. Es gibt aber noch eine sehr große Anzahl Arbeiter, die bisher von der Erwerbslosigkeit verschont waren. Unter diesen herrscht sehr oft die Ansicht, wenn sie auch nicht laut ausgesprochen wird, daß ein Teil der langfristig Erwerbslosen ja gar nicht die ernsthafte Absicht hätten, zu arbeiten. Seien wir uns doch bewußt, daß gerade unsere besten Kollegen, die unerbittlich und erfolgreich für die Belegschaft gekämpft haben, am ehesten von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. In der heutigen Zeit sieht jeder Unternehmer zu, den aktiven Gewerkschafter, der über die Rechte und Pflichten der Arbeiterschaft unterrichtet ist, bei der nächstbesten Gelegenheit aus dem Betrieb zu entfernen. Die Unternehmer haben ja heute die Auswahl. Und gerade von unseren Besten, die im Betriebe Mut und Rückgrat beweisen, kann man, wenn sie erwerbslos sind, nicht verlangen, daß sie mit der Mütze in der Hand beim Unternehmer an der Hintertür klopfen, um Arbeit zu bekommen, oder noch gar sich anbieten, untertariflich zu arbeiten.

Die deutsche Arbeiterschaft kann stolz sein, daß die erwerbslosen Millionen sich nicht von den Unternehmern mißbrauchen lassen, den noch arbeitenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Ich habe gesehen, wie Erwerbslose mit 6 oder 8 M Unterstützung oder gar keiner, Arbeit angeboten wurde zu 30 bis 50 Pf. die Stunde. Sie haben das abgelehnt, selbst auf die Gefahr hin, von den satten Spießern als arbeitsscheu bezeichnet zu werden.

Wie kann da geholfen werden? Zunächst: jeder Betriebsrat, Gemeindevertreter, Beamter oder Leiter irgendeines privaten oder genossenschaftlichen Unternehmens sollte dafür sorgen, daß vorerst die langfristig Erwerbslosen bei Neueinstellungen berücksichtigt werden. Dann sollte von der Arbeitszeitverkürzung viel mehr Gebrauch gemacht werden. Aber auch die seelische Beeinflussung — oder Nichtbeeinflussung — ist wichtig. Es wirkt unbedingt niederdrückend auf den Erwerbslosen, wenn er von jedem Freunde und Bekannten immer wieder die Frage hört: Na, wie ists mit der Arbeit? Damit will man sein Mitgefühl ganz besonders ausdrücken. Aber überlegt einmal: der Erwerbslose grübelt unausgesetzt, wie er es möglich machen kann, daß seine Unterstützung wenigstens 4—5 Tage reicht, der sechste bis siebente Tag ist sowieso ausgeschlossen. Statt ihn nun mal von seinem Elend abzulenken, wird er dauernd daran erinnert.

Jetzt kommt die Aufgabe der Organisationen. Es sollte unbedingt von den Gewerkschaften, der Partei usw. mindestens einmal wöchentlich an Stellen, die von dem Erwerbslosen ohne Fahrgeld zu erreichen sind, gesellige Abende mit unterhaltendem und belehrendem Programm, Schulungskurse usw. eingerichtet werden. Aber nicht mit dem üblichen: Erwerbslose freien Eintritt, sondern vollständig kostenfrei, damit sie sich nicht auch hier wieder als Gegenstand mildtätiger Nächstenliebe betrachten müssen. Nach der materiellen Seite hin kommt eine unauffällige Unterstützung in Frage. Nicht jeder, der den guten Willen hat, kann so schenken, daß wirkliche Freude entsteht. Wer unterstützen will, muß eine Form finden, daß die Unterstützung nicht als Almosen empfunden wird. Ein Schema aufzustellen, ist natürlich nicht möglich, da jeder Fall anders liegt. Und dann vor allen Dingen: Nehmt Euch der Kinder der Erwerbslosen an, der unschuldigsten Opfer einer wahnsinnigen Mißwirtschaft. Ladet die Kinder zu euren Kindern ein, geht mit ihnen aus, veranstaltet ein kleines Kinderfest, wenn auch nur in dem bescheidensten Rahmen. Die Eltern werden fühlbar erleichtert und fassen wieder Vertrauen zu den Menschheit und zur Solidarität aller Schaffenden.

Jeder Gewerkschafter hat die Pflicht, stets ein Vorbild an Gemeinschaftsgeist, Solidarität und Opfersinn zu sein. Jeder Gewerkschafter denke daran, daß seine ganzen Handlungen und Reden stets so sein sollen, daß jeder sieht und fühlt, daß ein fester Wille zur Linderung der Not und zur wirksamen Abhilfe der Leitstern seines Handelns sei. **Luise Möhlenkamp.**

Das Ziel über alles

Der arbeitslose Metallarbeiter, der vielleicht schon ausgesteuert ist, sieht keine Möglichkeit, wieder in die Produktion zu kommen. Da ist es schließlich nicht unverständlich, daß er kein Interesse an dem Tarifvertrag hat, oder wie hoch der Lohn ist, oder was in Hinblick auf Unfallschutz geschieht. Aber noch nie habe ich gehört, daß ein Erwerbsloser sich verächtlich oder mit Neid über den Kollegen im Betrieb ausgesprochen hätte. Im Vordergrund seines Interesses steht die Höhe seiner Unterstützung. Er ist darauf angewiesen, denn auf diesen paar Mark beruht sein Dasein. Eins merkt er auch: daß alle Welt ihm helfen will, und doch wird seine Unterstützung immer weniger. Muß er sich da nicht verlassen fühlen? Dunkel steht die Zukunft vor ihm und das bittere Gefühl steigt in ihm hoch, sein ganzes Leben sei verpfuscht.

Aber kann man diese Hoffnungslosigkeit nicht auch bei den beschäftigten Kollegen feststellen? Der Nettolohn des Vollarbeiters ist heute fast ein Drittel niedriger als zu Beginn des Jahres. Sein Einkommen ist geschmälert durch mehrmaligen Lohnabbau, Bürgersteuer, Krisensteuer und auch die Sozialabgaben. Dazu kommt, daß er gar nicht weiß, wie lange er noch den „hohen" Lohn beziehen darf; vielleicht sind seine Entlassungspapiere schon fertig. Um wieviel schlechter ist noch der Kurzarbeiter gestellt? So ist es kein Wunder, daß man dann und wann zu hören bekommt: der Arbeitslose hat es besser. Er hat soviel Vergünstigungen, braucht keine Mietzinssteuer, Bürgersteuer, Sozialbeiträge zu bezahlen und seine Verbandsbeiträge sind niedriger. Für den Ausgesteuerten ist es sehr bitter, diese Ansichten zu hören. Zeugen sie doch davon, daß man über seine eigene Not die Not des anderen nicht sieht. Ich brauche hier nicht auf die Widerlegung dieser Ansicht einzugehen. Jeder Kollege erkundige sich einmal nach den gezahlten Unterstützungssätzen und versuche damit auszukommen. Spricht man aber mit den Kollegen im Betrieb, so bekommt man das gleiche Bild der Hoffnungslosigkeit wie bei den Erwerbslosen. Sein Lohn reicht nur zum Notwendigsten. Eine Änderung zum Besseren ist nicht zu sehen. Die schwere wirtschaftliche Not, in der sich der beschäftigte wie der unbeschäftigte Kollege befindet, verbittert. Keiner erkennt mit Klarheit die Lage des anderen. Beide Gruppen leben nicht mit-, sondern nebeneinander.

Um aber dieses Übel erfolgreich bekämpfen zu können, muß man erst einmal fragen: Warum diese Niedergeschlagenheit? Wird überall klar erkannt, daß an all dem Elend nur die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung schuld ist? Der unorganisierte und auch zum Teil der organisierte Kollege sieht und fühlt nicht den klaren Willen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Freilich, er ist auch manchmal schwer zu erkennen. Der Mut zur Unpopularität geht doch manchmal zu weit. Die Taktik der freien Gewerkschaften und der Partei muß so sein, daß auch der unpolitische Arbeiter sehen kann, wohin der Weg geht. Sollen die Massen aktiver werden, so müssen sie wieder die Überzeugung gewinnen, daß alles von ihrer Mitarbeit abhängt. Durch das parlamentarische System allein wird die Arbeiterschaft ihr hohes Ziel nicht erreichen. Darum muß von den Spitzen in Gewerkschaften und Partei gefordert werden: Mehr Klarheit in Eurer Taktik, stellt das Ziel über alles.

Und für den überzeugten Teil der Arbeiterschaft, ob arbeitslos oder noch beschäftigt, bleibt die ungeheure Kleinarbeit. Überall, bei jeder Gelegenheit, ob in Versammlungen, Besprechungen, im Freundeskreis oder sonstwo, muß jeder für die Bewegung arbeiten. Versammlungen müssen abgehalten werden, auch wenn keine „Kanone" da ist und die Besucherzahl nicht in die Tausende geht. Wo Betriebsversammlungen durch die Funktionäre nicht einberufen werden, da muß die Ortsverwaltung nachhelfen. Als Redner sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen mehr arbeitslose Kollegen herangezogen werden. Freilich wird es manchmal harte Auseinandersetzungen geben. Aber wer will behaupten, daß es besser ist, den hoffnungslosen Arbeiter als Spielball den Rechts- oder Linksradikalen zu überlassen? Wer sich seiner Sache gewiß ist, schüttle seine Gleichgültigkeit ab und kämpfe für seine Überzeugung. Soll die drohende Kluft nicht zur Auswirkung kommen, so kann nur helfen: von oben das Vertrauen und von unten die Macht!

P. B., ein Erwerbsloser.

Ausgesteuerte Mitglieder als Beitragskassierer

Wenn ich bei der Unterhaltung mit noch arbeitenden Kollegen höre: Ihr Erwerbslosen lebt besser wie wir!, oder: Ihr verdient ohne Arbeit mehr wie wir!, dann wünsche ich den guten Leuten, die so reden, eine Zeitlang die Wohlfahrtsunterstützung. Von dem Verbande könnte einiges mehr geschehen, um die größte Not zu lindern. Zum Beispiel könnten die Verbandsbeiträge dort, wo kein angestellter Kassierer es tut, von ausgesteuerten Kollegen abgeholt werden. Dann sollte der ADGB bei der Volksfürsorge dahin wirken, daß zum Einholen der Monatsprämien nur ausgesteuerte Gewerkschafter verwendet werden. Die jetzt dabei tätigen Kollegen dürften wohl zugunsten der notleidenden Genossen zurücktreten und sich den freien Sonntag gönnen. Auf diese Weise bekämen Hunderte von ausgesteuerten arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern einen kleinen Nebenverdienst und die Familie könnte sich Sonntags auch wieder einmal ein Stückchen Fleisch gestatten.

Hier im Westen sammeln bürgerliche und religiöse Gesellschaften in den Straßen und Wohnungen für die Erwerbslosen. So mancher freie Gewerkschafter trägt sein Schärflein dazu bei. Um etwas von der Sammlung zu bekommen, muß der Bedürftige die Fürsprache des Pfarrers oder einer politischen Größe haben . . . Darum sollten die Gewerkschafter aufpassen, wem sie ihre Groschen geben, damit sie nicht ihr Geld ihren eigenen Feinden liefern. Da die Ortsverwaltungen wohl nicht genügend Mittel zur Verfügung haben, um den notleidenden Kollegen zu Weihnachten etwas zukommen zu lassen, wäre zu empfehlen, die Kassierer zeitig mit Sammellisten zu versorgen. Auf diese Weise hätte der beisteuernde Kollege die Gewißheit, daß sein Geld in die richtigen Hände kommt. H. Sch.

Seelische Nothilfe

Mit großem Interesse habe ich den Aufsatz „Eine Kluft droht" in der MZ gelesen. Wird doch darin eine brennende Gegenwartsfrage berührt, die noch ständig an Bedeutung gewinnt. Darum ist es begrüßenswert, daß die Schriftleitung der Aussprache hierüber Raum geben will.

So unerläßlich die wirtschaftliche Hilfe für den Erwerbslosen ist, so wenig darf übersehen werden, daß es nicht weniger wichtig ist, in ihm die seelische Spannkraft zu erhalten, die er braucht, soll er nicht von der Verzweiflung übermannt werden. Kommt erst in ihm das Gefühl einer Vereinsamung auf, glaubt er ausgestoßen zu sein aus der Gemeinschaft seiner Kollegen, dann ist er viel empfänglicher für die Schalmeientöne der wilden Heilapostel verschiedenster Färbung, als wenn er in dauernder Verbindung mit der Gewerkschaft bleibt. Es muß also verhütet werden, daß er die geistigen Brücken zu seiner Gewerkschaft abbricht und in das Lager der Klassenfeinde überläuft.

Gewiß lassen sich heutzutage keine großen Maßnahmen durchführen, die dieser Gefahr entgegenwirken, weil es überall an den notwendigen Mitteln fehlt. Trotzdem wäre es verkehrt, nicht dagegen anzukämpfen. Ich möchte daher die Einrichtung von Heimen oder ähnlichen Stätten befürworten, wo es dem Arbeitslosen möglich ist, seine Freizeit bei Spiel, Unterhaltung, Lesen, aber auch bei belehrenden Vorträgen, kurz gesagt bei vernünftiger Geselligkeit, zu verbringen. Es sind hierzu gewiß nicht allzu beträchtliche Mittel erforderlich, ebensowenig zur Bestreitung des Bildungsprogramms. Sicher werden sich sozialistische Organisationen bereitfinden, sich in den Dienst der nützlichen Sache zu stellen. Hierbei denke ich neben der Partei und den Gewerkschaften an die Kulturorganisationen, die manchen Abend ausgestalten können. Wenn dann in diesen Räumen noch eine Abgabe von Milch, Tee, Kaffee, Fleischbrühe, Suppen usw. gegen mäßige Preise vorgesehen wird, so dürfte dies den Besuch solcher Heime noch anziehender machen, besonders in der kälteren Jahreszeit.

Es sollen von mir nicht die Schwierigkeiten verkannt werden, die der Verwirklichung derartiger Pläne im Wege stehen; aber ich habe das Vertrauen zu den Gewerkschaften, daß sie in gemeinschaftlichem Wirken hiermit fertig werden. Schließlich ist das Ziel, den Arbeitslosen nicht der Straße auszuliefern und ihn in seiner Treue zur Gewerkschaft zu festigen, der Einsatz der Kräfte schon wert. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um eine Ergänzung der bereits von den Gewerkschaften für die Erwerbslosen getroffenen Maßnahmen handeln. Das trifft auch auf die weitere Anregung zu, in die „seelische Nothilfe" die Frauen und andere Familienangehörige mit einzubeziehen. Gerade sie werden es dankbar begrüßen, wenn sie wenigstens für Stunden aus dem trostlosen Einerlei herausgehoben werden. Frauen- oder Familienabende dürften der Rahmen hierfür sein. W. Hoheisel.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem **20. September,** ist der **39. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **20.** bis **26. September 1931** fällig.

*

Änderung der Beitragsmarken

der ersten und zweiten Beitragsklasse

Vom 4. Vierteljahr 1931 an werden die Farben der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse gewechselt.

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der ersten Beitragsklasse (Grundbeitrag 1,10 M) wird **grün** (bisher rot).

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der zweiten Beitragsklasse (Grundbeitrag 0,85 M) wird **rot** (bisher grün).

Die neuen Beitragsmarken gelten von der 40. Beitragswoche (27. September 1931) an. Nach dem 27. September dürfen Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse mit den alten Farben nicht mehr verwendet werden.

*

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 6 863 496, lautend auf den Hüttenarbeiter Willy Dreyer, geb. am 1. Januar 1905 zu Hettstedt. (Hettstedt.)

Mitgliedsbuch Nr. 6 769 586, lautend auf den Metallarbeiter Erich Kaspar, geb. am 7. Juli 1912 zu Hornberg. (Hornberg.)

Mitgliedsbuch Nr. 6 374 179, lautend auf den Schlosser Kurt Hein, geb. am 13. Dezember 1911 zu Breslau. (Münster i. W.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Warnung. Der Schlosser Oskar Pawlack, wohnhaft Lauchhammer, Windmühlenstraße 118, versucht von organisierten Kollegen Geld geliehen zu erhalten. Wir machen unsere Kollegen deswegen darauf aufmerksam, um sie vor Schaden zu bewahren.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)

Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im August 1931

Krankenkasse:

Einnahmen	44 980,23 M
Ausgaben	51 336,90 „
Mehrausgaben	6 356,67 „
Kassenbestand am 1. August 1931	1 971 606,35 „
Kassenbestand am 31. August 1931	1 965 249,68 „

Sterbekasse:

Einnahmen	19 783,79 M
Ausgaben	31 003,50 „
Mehrausgaben	11 219,71 „
Kassenbestand am 1. August 1931	1 718 726,36 „
Kassenbestand am 31. August 1931	1 707 506,65 „

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20."

Hamburg, im September 1931 **Der Vorstand**

Jubilarfeiern

Am 23. August ehrte in schlichter Weise unsere Verwaltungsstelle in Mühlhof i. B. ihre Jubilare. Unter zehn Jubilaren waren drei, die dem Verbande 40 Jahre angehören; sie waren schon Mitglieder des Fachvereins. Zwei der Jubilare, Johann und Leonhard List, sind dem Verbande schon im 17. und 16. Lebensjahre beigetreten, was damals gewiß nicht die Regel war. Der Bevollmächtigte, Kollege Wedel, begrüßte die Festversammlung herzlich und dankte den alten Mitgliedern für ihre Verbandstreue. Kollege Kneitinger kennzeichnete als Vertreter der Bezirksleitung von Nürnberg die frühere gewerkschaftliche Werbung, ihre Opfer und Gefahren. Er forderte die Jungen auf, den Alten nachzueifern, um die Macht des DMV noch zu steigern für die kommenden Kämpfe. Jedem Jubilar wurde eine Ehrenurkunde überreicht. Die Versammlung blieb noch einige Stunden in zwangloser Unterhaltung beisammen.

*

Die Verwaltungsstelle in Bad Salzungen i. Thür. hatte zum 40jährigen Bestehen des Verbandes und zu Ehren von zehn Mitgliedern, die länger als 25 Jahre dem Verband die Treue gewahrt haben, zu einer schlichten Feier ihre Mitglieder zum 23. August 1931 eingeladen. Vor 35 Jahren wurde die Verwaltungsstelle ins Leben gerufen. Viele und schwere Kämpfe sind in der vergangenen Zeit geführt worden; große Opfer sind von diesen zehn alten Kämpen gebracht worden. Manche Maßregelung mußte hingenommen werden. Trotzdem ist der Aufbau des Verbandes unermüdlich weiter betrieben worden. Im Auftrage der Bezirksleitung in Erfurt und des Hauptvorstandes überbrachte Kollege Koch (Erfurt) Grüße für die Jubilare. Er schilderte die Gründung des Verbandes und der Verwaltungsstelle. Kollege Matusch überbrachte die Glückwünsche der Verwaltung und überreichte jedem eine Ehrenurkunde und eine Jubiläumsnadel. An die Ehrung der Jubilare schloß sich ein Konzert an. Erst in später Abendstunde trennte man sich.

Siedlung und Gewerkschaften

Von Alexander Dehms

Es ist noch keinerlei Aussicht auf Milderung der Wirtschaftskrise vorhanden. Aber wenn sie sich auch über kurz oder lang mildern sollte, so ist es angesichts der rasend fortschreitenden technischen Entwicklung völlig ausgeschlossen, daß alle arbeitslosen Arbeiter wieder Platz in der Industrie finden. Es muß daher getrachtet werden, einen Ausweg aus dem furchtbaren Dilemma, ein besseres Los für die zu vielen Industriearbeiter zu finden. Das kann unseres Erachtens nur durch Ansiedlung auf dem Lande geschehen. Sie werden dadurch selbständige Erzeuger und Abnehmer industrieller Produkte. Sie entrinnen dem Drangsal der Arbeitslosigkeit und fördern gleichzeitig das Los ihrer Klassengenossen in der Industrie. Wie dieses heilsame Werk durchzuführen ist, ist noch umstritten. Es wird daher gut sein, wenn sich die Gewerkschafter viel mehr damit befassen. Der nachstehende Aufsatz soll die Aussprache fortsetzen.

Schriftleitung.

Die beiden Aufsätze in Nr. 6 und 29/1931 der Metallarbeiter-Zeitung behandeln die Siedlungsfrage unter dem Gesichtspunkt: Wie läßt sich das Los der Arbeitslosen durch eine gute Siedlung verbessern? Mit dieser wichtigen Sache sollten sich die Gewerkschaften viel mehr beschäftigen. Denn nicht nur für die Arbeitslosen, auch für die im Betriebe stehenden Arbeiter ist eine gute Siedlungspolitik von außerordentlichem Vorteil. Warum? Kein Geringerer als Karl Marx hat uns hierauf die Antwort gegeben. Er wies nach, daß das Vorhandensein der „industriellen Reservearmee" eine notwendige Bedingung für die Ausbeutung der Arbeiter ist. Sie wäre ohne das Heer der Arbeitslosen nicht möglich. Jeder Arbeiter hat am eigenen Leibe erfahren können, daß diese Feststellung richtig ist, und wer es vor einigen Jahren noch nicht wußte, den lehrt es mit aller Gewalt die heutige Wirtschaftskrise: Je größer die Arbeitslosigkeit, desto größer der Druck auf den Arbeitsmarkt, desto größer die Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Jeder will sein Gut, seine Arbeitskraft, an den Mann bringen; es herrscht der Zustand, wo einem Meister zwei Gesellen nachlaufen. Die Folge davon ist die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Lohnabbau und ähnliches. Wir sehen hier ganz klar, daß der Erfolg jeder Gewerkschaftspolitik eng verbunden ist mit dem Wachsen oder dem Schwinden der industriellen Reservearmee. Den Gewerkschaften muß also um ihrer Erfolge willen viel an der vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit liegen.

Marx hat uns im 25. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals" einen Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezeigt — einen Weg. Er macht uns zunächst auf die Leidensgeschichte des englischen Industriellen, Herrn Peel, aufmerksam:

„Herr Peel nahm Lebensmittel und Produktionsmittel zum Belauf von 50 000 Pfund Sterling aus England nach dem Swan River, Neuholland, mit. Herr Peel war so vorsichtig, außerdem 3000 Personen der arbeitenden Klasse, Männer, Weiber und Kinder, mitzubringen. Einmal am Bestimmungsplatze angelangt, blieb Herr Peel ohne einen Diener, sein Bett zu machen oder ihm Wasser aus dem Flusse zu schöpfen. Unglücklicher Herr Peel, der alles vorsah, nur nicht den Export der englischen Produktionsverhältnisse nach dem Swan River."

Worin bestanden die Produktionsverhältnisse, die Herr Peel aus England nicht mitnehmen konnte? In der Sperrung alles landwirtschaftlich nutzbaren Bodens durch die Großgrundbesitzer, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht war, der kapitalistischen Ausbeutung zum Lande hin auszuweichen. In den Kolonien gab es freies Land. Die Arbeiter des Herrn Peel nutzten diese Gelegenheit, als selbständige bäuerliche Produzenten ihr Einkommen zu verdienen. Sie konnten auf Herrn Peel und seine Produktionsmittel pfeifen. Es lag nahe, daß Marx in diesem Zusammenhang auch die Ursache des englischen Arbeiter- und Arbeitslosenheeres entdeckte:

„Man sah: die Expropriation (Enteignung) der Volksmasse von Grund und Boden bildete die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise."

Welches ist also der Weg, den Marx uns mit diesen Ausführungen gezeigt hat? Machen wir den Arbeiter zum Eigentümer von Produktionsmitteln, zum Eigentümer von Grund und Boden, indem wir die Bodensperre, die heute noch der Großgrundbesitz in Deutschland ausübt, durch eine zielsichere Siedlungspolitik zerstören.

Was trieb und treibt die Menschen vom Lande? Die Landflüchtigen sind einerseits Landarbeiter und andererseits die zweiten und dritten Söhne der Bauern. Die Landarbeiter fliehen aus dem Elendsdasein in den Großgrundbesitzbezirken in der Hoffnung, in der Industrie ein besseres Los zu finden. Die Bauernsöhne sind genötigt abzuziehen, da der Großgrundbesitz den Boden sperrt, das heißt ihn gar nicht oder nur zu einem Preis veräußert, den der Bauernsohn nicht aufbringen kann. In welchem Maße die Bodensperre durch den Großgrundbesitz heute noch in Deutschland besteht, zeigt folgende Statistik über die landwirtschaftlichen Betriebe und die Verteilung der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Deutschen Reiches:

	Betriebe		Fläche	
		in vH		in vH
Unter 2 ha	3 046 000	59,5	1 588 000	6,2
2— 5 ha	894 000	17,5	2 924 000	11,4
5— 20 ha	956 000	18,7	9 158 000	35,8
20—100 ha	200 000	3,9	6 768 000	26,4
Über 100 ha	18 000	0,4	5 159 000	20,2
Zusammen:	5 114 000	100	25 597 000	100

Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt das Gerede von der Überbevölkerung Deutschlands, so stellt sie sich als eine Legende heraus. Unter Überbevölkerung verstehe ich hier den Zustand in einer Gesellschaft, in dem der vorhandene Boden nicht ausreicht, die auf ihn arbeitenden Menschen zu versorgen. Deutschland zählte im Jahre 1925 rund 14 Millionen Berufszugehörige der Land- und Forstwirtschaft (Erwerbstätige, Dienende und Angehörige) und rund 26 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Es entfielen auf jeden Berufszugehörigen 1,9 Hektar. Nun ist auf Grund sehr vorsichtiger und gründlicher Untersuchungen festgestellt worden, daß bei der heutigen Anbautechnik in Deutschland und der hier vorkommenden Bodenart die Durchschnittsgröße eines selbständigen Kleinbauernbetriebes mit sechs Personen rund 6 Hektar ausmacht. Unter einem selbständigen Kleinbauernbetrieb verstehe ich hier einen solchen, der die zu ihm gehörigen Personen ausreichend versorgt, so daß sie nicht zum Nebenerwerb genötigt sind und der auch keiner ständigen betriebsfremden Arbeitskräfte bedarf. Die zu diesem Betrieb gehörigen Personen können wir zur Hälfte als über und unter Vierzehnjährige rechnen. Dieses hier dargestellte Untersuchungsergebnis können wir auch so aussprechen: In Deutschland ist 1 Hektar Land notwendig, aber auch hinreichend zur Versorgung einer Person. Bei der heutigen Benutzung des Bodens entfällt aber 1,9 Hektar auf die Person. Daraus ergibt sich, daß in Deutschland fast noch einmal so viel Menschen von der Landwirtschaft leben könnten, als es heute der Fall ist — wenn der herrschende Landwirtschaftsbetrieb der selbständige Kleinbauernbetrieb ist.

Die bisher angestellte Erörterung hat uns zu zwei Ergebnissen geführt. Erstens: In Deutschland strömen gewaltige Haufen von Menschen vom Lande in die Stadt, wo sie auf den Arbeitsmarkt drücken und damit zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beitragen. Zweitens: In Deutschland ist bei einer zweckmäßigen Agrarverfassung hinreichend Boden vorhanden, um mehr als die heute abströmenden Menschen damit zu versorgen.

Damit ist im großen das Ziel einer vernünftigen Siedlungspolitik gezeigt, nämlich die Besetzung des Bodens mit selbständigen Kleinbauernbetrieben. Aus den bisherigen Ausführungen geht auch hervor, daß diese Siedlungspolitik im Interesse der Industriearbeiterschaft liegt, um so mehr, als sie zu einer bedeutenden Stärkung des Binnenmarktes und damit zu einer Erweiterung des Absatzmarktes für Industrieprodukte führt und also ein neuer Antrieb für die industrielle Tätigkeit ist. Die Förderung solch einer vernünftigen Siedlungspolitik gehört also unmittelbar zu dem Aufgabengebiet der Gewerkschaften, und es erwächst daraus die Verpflichtung, daß sie sich stärker als bisher dieser Aufgabe zuwenden sollten.

Ich weiß, daß ich auf viele Fragen und Einwände, die sich aus dem hier behandelten Gedankengang ergeben, nicht eingegangen bin. Ich hoffe, daß dies ein Anlaß sein wird, eine recht lebendige Aussprache zu entfalten. Es kam mir zunächst darauf an, den Gesichtspunkt, unter dem auch die Arbeiterschaft zu Agrar- und Siedlungsproblemen Stellung zu nehmen hat, hervorzuheben.

•

Der obige Aufsatz war schon gesetzt, als die Tagespresse einen Siedlungsplan der Reichsregierung bekannt machte. Danach sollen nächstens 100 000 Wohlfahrtserwerbslose im Weichbilde der Großstädte angesiedelt werden. Es soll hierfür Land des Staates sowie der Gemeinden in Frage kommen. Die Erwerbslosen sollen die Siedlungsstellen und die Häuser selbst herstellen; das nötige Material will die Regierung bis zu einem Teil auf die Unterstützung der Erwerbslosensiedler anrechnen, auch der Rest der Unterstützung soll nach einer bestimmten Zeit wegfallen. Es ist nur an Kleinsiedlungen von 2 bis 4 Morgen gedacht. Auf diese Weise hofft man mit etwa 200 Millionen Mark, die aus der Hauszinssteuer aufzubringen wären, rund 100 000 Siedelstellen anlegen zu können. Das ist der Kern des Planes, wie ihn die Tagespresse gibt. —

Es ist ja erfreulich, daß sich die Regierung nun auch mit der Ansiedlung Erwerbsloser befaßt, weniger erfreulich ist es, daß sie damit beginnen will, wo es auf den Winter zugeht. Das nur nebenbei. Der Plan der Regierung, so wie ihn die Tagespresse wiedergibt, ist äußerst unzulänglich, und das in mehr als einem Betracht. Mit der zur Verfügung gestellten und auf den einzelnen Siedler entfallenden Summe ist, selbst wenn das Land völlig unentgeltlich gegeben wird, nichts anderes als eine elende Hütte zu bauen, die ständig der Reparatur bedarf, von den Kosten für Geräte und dem Lebensunterhalt in der ersten Zeit ganz zu schweigen. Der sich ansiedelnde Arbeitslose käme da nur von einem Hungerdasein ins andere, er müßte Schulden machen ohne Aussicht, sie je wieder abzahlen zu können. Die Sache muß schon großzügiger angefaßt werden, wenn man zu Ersprießlichem kommen will.

Doch wollen wir uns über die Unzulänglichkeit des Regierungsplanes nicht aufregen. Zwischen Planen und Erfüllung ist ja, sofern die Arbeiterschaft in Frage steht, bei dieser Regierung ein himmelweiter Unterschied. Das sollte die Leitung der Gewerkschaften bestimmen, sich selbst ernstlich mit der Sache zu befassen und praktische, das heißt in diesem Falle für die Arbeitslosen nützliche Vorschläge zu machen. Es gibt gewiß verschiedene Wege der Siedlungspolitik. Es muß verhütet werden, daß sie nicht durch die Wahl von ziellosen Wegen in Verruf gebracht wird. Das scheint uns mit dem Plane der Regierung der Fall.

Berufsfeindlichkeit der Arbeitsämter

An einigen Beispielen aus der täglichen Praxis soll die berufsfeindliche Haltung der Arbeitsämter gezeigt werden.

Die Arbeiter der Metallindustrie, insbesondere die Facharbeiter, sind im allgemeinen, wenn sie ihre 26 Wochen versicherungsmäßige Unterstützung bezogen haben, zur Krisenfürsorge zugelassen. Nun kommt es aber immer mehr vor, daß die Dreher, Schlosser, Schmiede, Former usw. infolge der heutigen Betriebsstillegungen in ihrem Beruf keine Beschäftigung mehr finden und daß sie daher alle möglichen Arbeiten annehmen, um sich und ihre Familien ehrlich durchs Leben zu bringen. Sind sie gar einmal genötigt, Notstandsarbeiten oder sonstige Aushilfsarbeiten zu verrichten, dann laufen sie Gefahr, sich ihrem Beruf zu „entfremden". Diese Entfremdung bedeutet aber nicht nur einen ethischen, sondern oft sogar einen empfindlichen materiellen Verlust. Zum Beispiel: Ein Schlosser, der seine 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, findet, ehe er in die Krisenfürsorge kommt, eine Arbeitsstelle als Hilfsarbeiter. Daran anschließend kommt er als Tagelöhner in eine chemische Fabrik und erwirbt sich durch diese beiden Beschäftigungen wieder eine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung. Er wird wieder ausgesteuert und wird in seiner Gemeinde als Notstandsarbeiter eingestellt. Die Notstandsarbeit geht zu Ende und er bemüht sich, da er lieber arbeitet als stempeln geht, im Winter beim Holzmachen Beschäftigung zu finden.

So vergehen drei Jahre, ohne daß er seinen gelernten Beruf ausüben kann, und ohne die Krisenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Nach seiner letzten Aussteuerung gelingt es ihm aber nicht mehr, Arbeit zu finden, und er ist gezwungen, einen Antrag auf Krisenunterstützung zu stellen. Die Bedürftigkeit wird nun zwar vom Arbeitsamt bejaht, aber — o Schreck — er gehört nicht mehr der Berufsgruppe an, zu der er als Schlosser zählte, er ist Tagelöhner geworden, und die Krisenunterstützung wird ihm versagt. In den beweglichsten Worten schildert er dem Beamten, daß er sich ständig um Arbeit bemüht habe, während andere die Krisenunterstützung bezogen, und nun sei er der Dumme mit seinem Fleiß und Arbeitswillen. Doch der Beamte zeigt ihm eine Bestimmung, wonach ein gelernter Arbeiter, der in den letzten drei Jahren nicht mindestens ein Jahr Tätigkeit in seinem Beruf nachweisen könne, nicht mehr diesem Beruf angehöre, da er ihm „entfremdet" sei, und deshalb könne er zur Krisenunterstützung nicht zugelassen werden.

Hilfsarbeiter und Tagelöhner sind nämlich nicht in allen Landesarbeitsamtsbezirken zugelassen, so daß unser Schlosser trotz Anrufung des Spruchausschusses nicht in die Krisenfürsorge kommt, obwohl der Mann erklärt, er sei zu jeder Stunde bereit, Arbeit als Schlosser anzunehmen, wenn das Arbeitsamt ihm welche nachweisen könne.

Ein anderes Beispiel: Durch die Verordnung über „Berufsübliche Arbeitslosigkeit" erhalten Saisonarbeiter nicht den Unterstützungssatz, der ihnen sonst nach ihrer Lohnklasse zustände, sondern sie erhalten nur die Sätze der Krisenfürsorge, also bedeutend weniger als in der Arbeitslosenunterstützung. Durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 erfahren die Saisonarbeiter auch noch eine Kürzung ihrer Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen. Ein Eisendreher, der infolge Stillegung seiner Fabrik in seinem Beruf keine Arbeit mehr findet, wird, da er eine zahlreiche Familie hat, nach seiner Aussteuerung beim Straßenbau seiner Gemeinde als Tagelöhner beschäftigt und findet anschließend hieran noch einige Wochen Arbeit in einem Baugeschäft. Mit diesen beiden Beschäftigungen erwirbt er sich eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung. Er meldet sich arbeitslos und bekommt nun, trotzdem er 48 M die Woche verdient hat und zur Lohnklasse VIII gehört, nur Unterstützung in der VI. Klasse, also 2 M weniger die Woche, und wird außerdem auch noch mit 20 Wochen ausgesteuert. Auf seine etwas energisch gehaltene Beschwerde, er sei doch Dreher und kein Saisonarbeiter, bedeutet ihm der Angestellte des Arbeitsamts, daß die Berechnung der Unterstützung in Ordnung sei, denn Saisonarbeiter seien alle diejenigen Arbeiter, die innerhalb der letzten 26 Wochen ihrer Arbeitstätigkeit vor der letzten Arbeitslosmeldung mindestens 14 Wochen in einem Betrieb gearbeitet haben, in dem die Arbeitslosigkeit berufsüblich sei.

Auch dieses Beispiel zeigt deutlich, daß die Praxis der Arbeitsämter absolut nicht dazu angetan ist, die Berufsfreude zu erhalten oder zu heben. Im Gegenteil, es tritt eine Verbitterung bei den Betroffenen ein, die sie vielleicht veranlaßt, wenn sie die Berufswahl ihrer Kinder vorzunehmen haben, von der Erlernung eines Berufes überhaupt Abstand zu nehmen. Kommt dann noch die leider häufig beobachtete Tatsache hinzu, daß die eben ausgelernten jungen Leute sofort entlassen werden, dann ist es aus mit der Liebe zu Handwerk und Beruf. Man sollte in den maßgebenden Stellen doch ein wenig mehr darauf achten, daß solch widerspruchsvolle Haltung, wie oben geschildert, vermieden wird.

L. L.

Trotz fetter Faulheitsprämien — Lohnsenkung

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat, wie wir dem SPD entnehmen, im letzten Geschäftsjahr noch neben Abschreibungen von 89,3 Millionen M 10 vH Dividende verteilt, und für **jeden der 109 Aufsichtsräte 14 900 M** gezahlt. Dazu kommt noch für ein Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld von 500 M bei freier Beköstigung.

Der Reingewinn des Werkes betrug 182,15 Millionen M. Trotzdem hat der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke das Lohnabkommen mit den Gewerkschaften zwecks Lohnsenkung zum 31. August gekündigt. Bereits im Februar d. J. ist der Lohn der Arbeiter in diesen Werken um 0,5 M gesenkt worden. An die Senkung der Dividenden und Tantiemen, also der Faulheitsprämien der Aktionäre und Aufsichtsräte, denken die Herren vom Arbeitgeberverband natürlich nicht.

Der 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

(Fortsetzung des Schlußberichts von Seite 278)

Kollege Leipart dankte für das durch die Wiederwahl erneut bewiesene Vertrauen. Er gedenkt dann in warmen Worten der jahrzehntelangen eifrigen Tätigkeit seiner nun ausscheidenden Kollegen Müller, Kube und Knoll. Er würdigte besonders die Entsagung Hermann Müllers, der, ohne die Altersgrenze erreicht zu haben, in den Hintergrund der gewerkschaftlichen Front getreten sei, um einer jüngeren Kraft Platz zu machen. Der ganze Kongreß erhob sich, um so den ausscheidenden Kameraden gebührende Anerkennung für ihren treuen und zuweilen schweren Dienst für die Arbeiterschaft darzubringen.

Die Tagesordnung des Kongresses ist erschöpft. Der Vertreter der schweizerischen Gewerkschaften, Kollege Meister, dankt im Namen der auswärtigen Delegierten für die Einladung und feiert die hohe Bedeutung des Kongresses auch für die ausländischen Bruderorganisationen.

Dann beginnt der Vorsitzende des Kongresses, Kollege Brandes, mit einer überaus eindrucksvollen Schlußrede. Nachdem er den Behörden, den Frankfurter Genossen und der Presse für ihre Teilnahme und Mitarbeit gedankt hatte, fährt Brandes fort:

Der Kongreß hat die Schuldigen an der jetzigen Wirtschaftskrise an die Öffentlichkeit gestellt. Nicht nur die Wirtschaftsführer, auch die Regierungen haben durch falsche Maßnahmen zur Verschärfung der Krise viel beigetragen. Die hier erhobenen Anklagen gegen die Schuldigen der Krise müssen in die weite Öffentlichkeit getragen werden. Erst spätere Geschlechter werden richtig würdigen, was die Gewerkschaften in dieser schweren Zeit für die Arbeiter vollbracht haben. Der Glaube, daß wir auch fernerhin unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden, bleibt uns. Einige Redner verlangen, daß Schluß mit der Tolerierung der Regierung Brüning gemacht werde. Das ist verständlich angesichts der Lasten, die diese Regierung der Arbeiterklasse auferlegt hat. Allein, die Erfahrung zeigt, daß unsere Haltung richtig gewesen ist. Die Versuche Moskaus, die Gewerkschaften zu erobern, sind fehlgeschlagen. An den Gewerkschaften schlagen sich die Kommunisten den Schädel ein. Auch der Einbruch der Nazis in die Gewerkschaftsbewegung ist mißlungen. Die Gewerkschaften müssen die Schichten des verarmten Mittelstandes gewinnen, sich mit ihnen verbinden für die Umwandlung der Gesellschaft. Es ist nur der Unverstand der Massen, den wir überwinden müssen. Ist erst dieses Bollwerk überstiegen, wer will uns dann noch widerstehen? Wir müssen trachten, die Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen und die Notverordnung abzuändern. Hierzu hat der Kongreß den Hammer, die Waffen geschmiedet. Mit diesen Waffen werden wir die Gegner überwinden. (Stürmischer Beifall.)

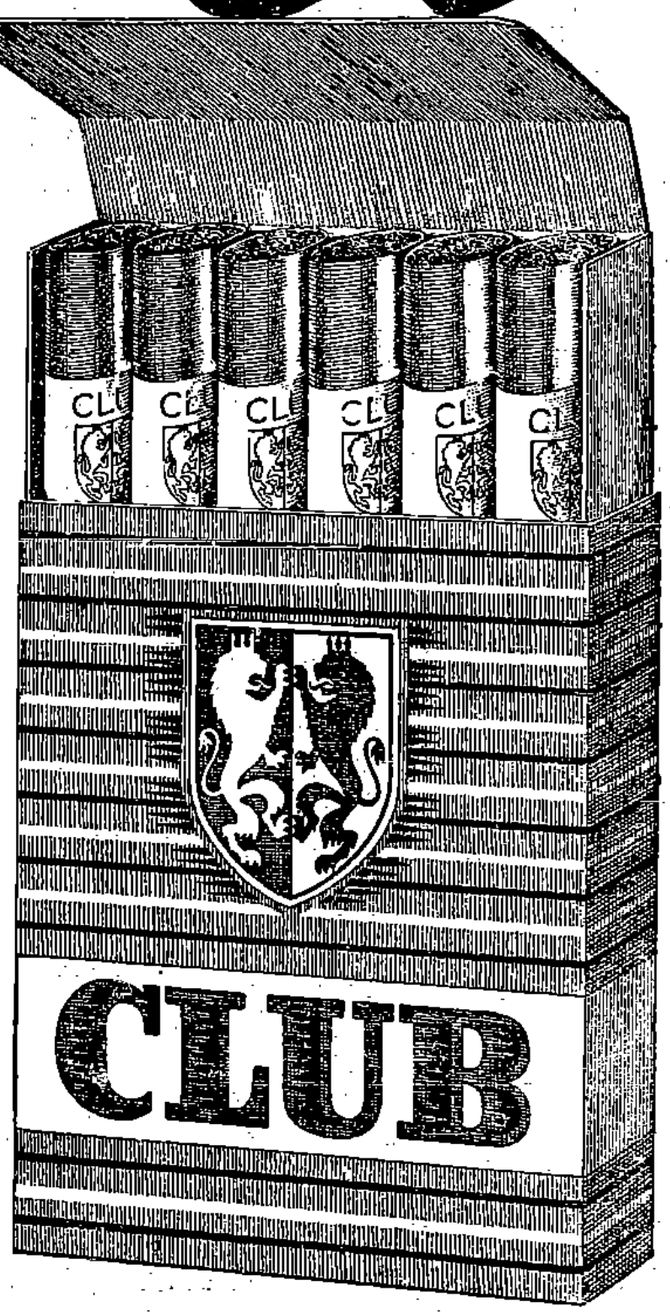
Der Kongreß stimmt ein dreifaches Hoch auf die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung aus. Dann stimmt er den Sozialistenmarsch an. Nachdem er verklungen, geht der Kongreß auseinander.

Bahnfrei

für das Neue und Bessere! **CLUB** ist größer und dicker, dabei garantiert rein macedonisch (für 3⅓ Pfennig!!) Millionen Raucher, die enttäuscht waren, haben sich jetzt entschieden

für die neue

CLUB 3⅓



Die Wirtschaftslage im Herbst

Nach dem Ausbruch der deutschen Kreditkrise hat in Europa eine Welle neuer Wirtschaftsschrumpfung begonnen. Auch in den Vereinigten Staaten sind erneut Zeichen von Produktionsrückgängen zu beobachten. Um die Jahresmitte ist die Weltwirtschaft in das dritte Jahr des Abschwunges eingetreten. In keinem Lande liegen sichere Anzeichen für einen baldigen Umschwung vor. Die kurze Belebung auf den Waren- und Effektenmärkten, die der Ankündigung des Reparationsfeierjahres folgte, ist einem erneuten scharfen Rückgang gewichen. Obwohl das Rückgangstempo sich in den meisten Ländern verlangsamte, so bleibt doch diese Tatsache in aller Schärfe bestehen. Regional hat sich der Schwerpunkt der Krise, der Ende 1930 noch in den überseeischen Rohstoffgebieten lag, im Verlauf des letzten Halbjahres mehr und mehr nach Europa verlagert. Die Rohstoffländer zeigen eine gewisse Widerstandsfähigkeit, ihre Handelsbilanz hat sich etwas gebessert. Die europäischen Industrieländer standen dagegen bisher noch immer im Zeichen wachsender Schwierigkeiten. Seit dem Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt hat sich auf den Kreditmärkten der Welt ein Umschwung vollzogen. Die durch die Geldabflüsse ausgelöste deutsche Bank- und Kreditkrise hat auf andere Schuldnerländer, wie auf Ungarn, Österreich, Rumänien, Lettland, Litauen und Danzig übergegriffen. Deren Lage wurde dadurch ebenfalls verschärft.

Nach diesem allgemeinen Überblick, zu dem wir das neueste Vierteljahrsheft des Instituts für Konjunkturforschung benutzten, noch einige Worte über die Lage in den einzelnen Ländern. Von den 40 Industriestaaten der Erde war in keinem Lande, von Rußland abgesehen, eine einigermaßen günstige Konjunktur zu verzeichnen. Am besten dürfte die Lage in Japan sein. Ein Rückgang der Produktion ist in allen Ländern zu verzeichnen. Während er aber in Frankreich und Japan nur rund 10 vH beträgt, macht er in Großbritannien, Kanada, Polen, den Vereinigten Staaten rund 30 vH, in Deutschland etwa 31 vH aus. Die Roheisenproduktion ging in ähnlichem Ausmaß zurück. Beim Außenhandel war ein Rückgang der Einfuhr von 17 bis 68 vH zu verzeichnen. Den geringsten Rückgang hatte die Schweiz und den höchsten Chile. Bei der Ausfuhr zeigte sich ein Rückgang von 30 bis 72 vH. Den niedrigsten Rückgang hatte Deutschland, den höchsten Chile. Bezüglich der Ausfuhr von Fertigwaren hatten die Vereinigten Staaten mit 56 vH den größten Rückgang zu verzeichnen. Für die verhältnismäßig günstige Lage von Japan und dessen starke Stellung auf den Exportmärkten dürften die Kostenvorteile bezüglich der Rohstoffe und Zinsen und die niedrigen Löhne dortselbst den Ausschlag geben.

Zum ersten Mal seit Beginn der Krise ist der Rückgang des Welthandels unterbrochen worden. Der Umsatzwert ging im zweiten Vierteljahr 1931 zwar zurück, die Umsatzmenge dagegen hat zugenommen. Diese Entwicklung ist um so auffallender, weil es seit dem Beginn der Krise das erste Mal ist, daß der ständige Rückgang des Welthandels eine Unterbrechung erfuhr. Eine Steigerung der Einfuhr zeigt sich in den europäischen Ländern vor allem bei Getreide und Futtermitteln. Auch die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren war in den europäischen Ländern beträchtlich. Die Ausfuhr Deutschlands und Frankreichs hat sich noch am besten gehalten. Der scharfe Rückgang der Ausfuhr Großbritanniens und der Vereinigten Staaten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß diese vorwiegend typisierte Waren der Massenproduktion exportieren. Ein Überblick über die Lage der Weltkonjunktur zeigt also wenig Lichtblicke. Mit irgendwelchen Aufschwungsneigungen kann in der nächsten Zeit nicht gerechnet werden. Somit müssen wir uns damit vertraut machen, daß im kommenden Winter etwa 30 bis 40 Millionen Menschen ohne Beschäftigung sind.

Versäumen Sie nicht, wenn Sie sich die allgem. Fachkenntnisse aneignen durch die wissenschaftlichen Unterrichtsbriefe des Systems Karnack und zwar ohne Unterbrechung Ihres Berufs. Sie verdienen, während Sie sich fortbilden! Es liegen Lehrbriefe vor für Elektrotechnik, Maschinenbau, Installation, Hoch- und Tiefbau, Weberei, Handwerk usw. Ferner Sachbearbeitung verschiedener Schadensfällen (Überschwemmungen, Brände) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Phenomenale, freundschaftliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. — Bequeme Monatszahlungen. — Prospekte kostenlos.

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam - Tel. 15

Billige böhmische Bettfedern

—Nur reine gutfüllende Sorten— Ein kg graue geschlissene Mk. 2,50 halbweiße Mk. 3,—, weiße Mk. 4,— bessere Mk. 5,—, 6,—, [illegible] Mk. 7,—, 8,—, beste Sorte Mk. 10,— 12,—, weiße zugeschliss. Daunenfedern Mk. 6,50, 7,50, beste Sorte Mk. 9,50. Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch od. Rücknahme gestattet. Bettenfabrik Sachsel, Lobes 39, bei Pilsen, Böhmen

Elektromeister- und Radiermaschine

Prospekt 8 frei, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 54

Blaue Arbeitsanzüge

aus strapazierf. Hanstuch od. Ia. Köperdr. 6.50 aus extra schwer., unverw. Köperdrell 7.50 Jacke 2 Seiten-, 1 Brusttasche, Hose 2 Taschen. Versand Nachn. Verp. frei. Ab 20.— franko. Beste Lieferung garant. Preisl., Muster frei.

Mergler & Co., mech. Bekleidungsfabrik, Würzburg 104

Metallarbeiter!

Liefere zu RM 5,50 und RM 6,50 prima blaue Arbeitsanzüge geg. Nachn. J. Hofmann, Berufskleiderfabrik, Sagan-Naringen 7 (Holzols.)

Wir liefern an jedermann

Tuche

kamm-stoffe ab kamm-stoffe

Fabrik

Verlang. Sie sofort Muster Lehmann & Aussig Ältestes Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation. Spremberg (Lausitz) 114

Eisen-Betten

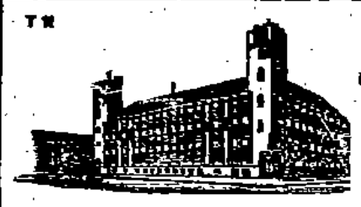
Stahl u. Holz Schlafzim. Kinderbett., Chaiselong. Polster, Sofaboxmatratz. an jeden Teilz. Katal. 4 fr. Eisenbettenfabrik Suhl.

Kollegen!

Lest die Betriebsräte-Zeitschrift

Josef Witt, Weiden

Oberpfalz



Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk!

2500 Arbeiter und Angestellte • 31472 Spindeln in eigener Spinnerei • 1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien

700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren

sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen.

900000 Nachbestellungen

auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt.

Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Angabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung von Mk. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5% Rabatt!

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch **eine brauchbare Schlafdecke** mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
8	**Weißes Hemdentuch,** etwas leichte Gebrauchsware	70 cm pr. Mtr.	0.20
9	**Weißes Hemdentuch,** sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschloss. Sorte,	80 cm pr. Mtr.	0.38
10	**Vorhangstoff,** sog. Gardinen, a. feinen Garnen mit echt indanthrenfarbigen, schönen Streifmustern	70 cm pr. Mtr.	0.18
11	**Handtücher,** schwere Strapazier-Qualität	40 cm pr. Mtr.	0.28
12	**Baumwolltuch,** ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte	78 cm pr. Mtr.	0.28
13	**Baumwolltuch,** ungebleicht, starke, fast unverwüstliche Qualit.	78 cm pr. Mtr.	0.38
14	**Hemdenflanell,** gute, haltbare, reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm pr. Mtr.	0.30
15	**Hemdenflanell,** echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwüstlich im Gebrauch	75 cm pr. Mtr.	0.40
16	**Weißes Mokotuch,** feinfäd., sehr dicht geschlossen, garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm pr. Mtr.	0.50
17	**Stuhltuch,** auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettücher	150 cm pr. Mtr.	1.15
18	**Frottierhandtücher,** aus gut. Kräuselstoff, mit schönen eingewebt. Mustern, Größe 50×100 cm	per Stück	0.70
19	**Damentaschentücher,** weiß m. Hohlsaum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 30×30 cm	per ½ Dutzend	0.70
20	**Wischtücher,** gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45×45 cm,	p. ½ Dutzend	0.70

Ungeheuer vorteilhaft!

21	**Weißes Hemdentuch,** mittelstarkfädige, geschlossene vorzügliche Qual., für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter,	80 cm breit. Ausnahmepreis p. Mtr. nur	0.36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- oder Stückzahl.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.

Webwaren

Fabrikation — Ausrüstung — Versand

Anzeigenverwaltung „Werbe", G.m.b.H., Berlin SW 68, Stresemannstraße 48 — Postscheckkonto Berlin 35516 — Drahtanschrift: „Werbe"-Blätter, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 68

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G.m.b.H. · Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148